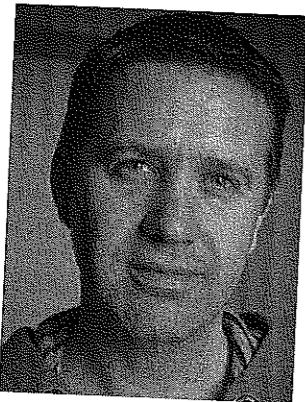


*Thomas Riegler*

## DIE „RÖSSNER-SOUCEK-VERSCHWÖRUNG“: NS-UNTERGRUNDBEWEGUNGEN, GEHEIMDIENSTE UND PARTEIEN IM NACHKRIESÖSTERREICH



Thomas Riegler

Dr. phil., freischaffender Historiker in Wien. Letzte Publikation:  
*Im Fadenkreuz: Österreich und der Nahostterrorismus 1973 bis 1985* (Wien 2010).  
Kontakt: [rieglerthomas@hotmail.com](mailto:rieglerthomas@hotmail.com)

Summary:

### THE “RÖSSNER-SOUCEK-CONSPIRACY”: NAZI UNDERGROUND GROUPS, INTELLIGENCE SERVICES AND POLITICAL PARTIES IN POSTWAR AUSTRIA

In 1947 investigations by the Austrian State Police (“Aktion Sacher”) uncovered a multi-branched smuggler ring. It consisted of underground groups of former Nazis based in Upper Austria, Salzburg and Styria. They had used illegal activities to fund the following activities: falsification of documents, escape aid for imprisoned comrades, establishment of an armed self-defence force in case of an East-West-confrontation, and, in the long run, the political gathering of former Nazis in a “fourth party”. Further, it was established that the US Army Counterintelligence Corps (CIC) not only held contacts with some of the main culprits, but also obstructed the criminal investigations. The main reason was the profound anti-Communist stance of the Ex-Nazis, which recommended them both as intelligence assets and, possibly, as personnel for partisan units against a feared Soviet invasion. Beyond that, the Nazi underground groups also received help from exponents of the main political parties in Austria and had helpers in the occupation administration. This case study exemplifies the highly ambivalent process of denazification, the role of Austria as a Cold War intelligence bazaar, and the subversive threat against a fragile postwar democratic order.

1947 wurde in Österreich im Zuge von staatspolizeilichen Erhebungen („Aktion Sacher“) ein weitverzweigter Schleichhändlerring ausgehoben – weitere Nachforschungen ergaben, dass dahinter nicht nur kriminelle Absichten gestanden hatten. Untergrundbewegungen ehemaliger Nationalsozialisten hatten mit dem Schmuggel ihre Aktivitäten finanziert: Dokumentenfälschung, Fluchthilfe, Aufbau einer bewaffneten Selbstschutzorganisation im Falle einer Konfrontation zwischen West und Ost sowie auf längere Sicht gesehen die Sammlung der „Ehemaligen“ im Rahmen einer „vierten Partei“. Ausgehoben wurde eine in Salzburg bzw. in Oberösterreich angesiedelte Gruppe rund um den früheren Funktionär der Sturmabteilung (SA), Hugo Rößner, und eine Organisa-

tion in der Steiermark, die vom Grazer Kaufmann Theodor Soucek angeführt wurde. Während letzterer sich vor allem auf Fluchthilfe für Internierte konzentrierte, entwickelte Rößners Anhang Pläne für eine klandestine Struktur („Orden“) zur Unterwanderung verschiedener Ebenen des gesellschaftlichen Lebens. Weiters stellte sich heraus, dass das Counterintelligence Corps (CIC), der Nachrichtendienst der US-Army, Kontakte zu den wichtigsten Akteuren der Rößner-Gruppe unterhalten hatte. Auch als gegen diese bereits ermittelt wurde, gewährte das CIC weiterhin Protektion. Der Hauptgrund hierfür lag in der betont antikommunistischen Ausrichtung der „Ehemaligen“, die sie als Beschaffer von nachrichtendienstlichen Informationen und als Personal-

reserve für Partisanennetze im Falle einer Invasion der Roten Armee interessant machte. Die Führung eines Guerilla- und Bandenkriegs war eine der zentralen Überlegungen der NS-Untergrundbewegungen: Sie wollten um jeden Preis eine kommunistische Machtaufnahme in Österreich verhindern und trafen entsprechende Vorbereitungen, dagegen mit Waffengewalt aktiv zu werden. Darüber hinaus hatte vor allem Souceks Organisation Helfer innerhalb der Besatzungsbürokratie und bei den von SPÖ und ÖVP errichteten Kriegsheimkehrerbetreuungsstellen – am bekanntesten ist die Rolle des späteren Innen- und Verteidigungsministers Otto Rösch (SPÖ), der für Soucek Blankoformulare und Pässe besorgte.

Der als „Rößner-Soucek-Verschwörung“ bekannt gewordene Fall ist im Rahmen der zeitgeschichtlichen Forschung vor allem in Bezug auf die gerichtliche Aufarbeitung thematisiert worden. So hat Martin Polaschek den Prozess von 1948 im Rahmen seiner Studie *Im Namen der Republik Österreich! Die Volksgerichte in der Steiermark 1945 bis 1955* (1998) recherchiert. Hinsichtlich der Verstrickung von Rösch sind Wilhelm Svobodas Biografie *Die Partei, die Republik und der Mann mit den vielen Gesichtern. Oskar Helmer und Österreich II. Eine Korrektur* (1993), der von Maria Mesner herausgegebene Sammelband *Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg: das Beispiel der SPÖ* (2005) sowie die Studie *Der Wille zum aufrichtigen Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Integration ehemaliger Nationalsozialisten* (2004) von Wolfgang Neugebauer und Peter Schwarz zu nennen. Auch Lothar Höbelt nimmt in *Von der Vierten Partei zur Dritten Kraft. Die Geschichte des VdU* (1999) Bezug auf die Ereignisse. Perry Biddulph und Volker Koop wiederum haben die österreichischen Fälle in den Kontext der Organisation Werwolf, einer 1944 ins Leben gerufenen NS-Freischärler- und Untergrundbewegung, gestellt: *The Last Nazis. SS Werwolf Guerilla Resistance in Europe 1944-1947* (2000) bzw. *Himmlers letztes Aufgebot: Die NS-Organisation Werwolf* (2008). Und schließlich hat mit Theodor Soucek einer der Hauptbeteiligten 2001 einen autobiografischen Bericht (*Mein Richter, mein Henker*) vorgelegt – dieser ist freilich mehr Beleg für eine unverändert rechtsextreme Gesinnung und nur bedingt als zeitgeschichtliche Quelle geeignet.

Der vorliegende Artikel stützt sich – abgesehen von der erwähnten Sekundärliteratur – primär auf

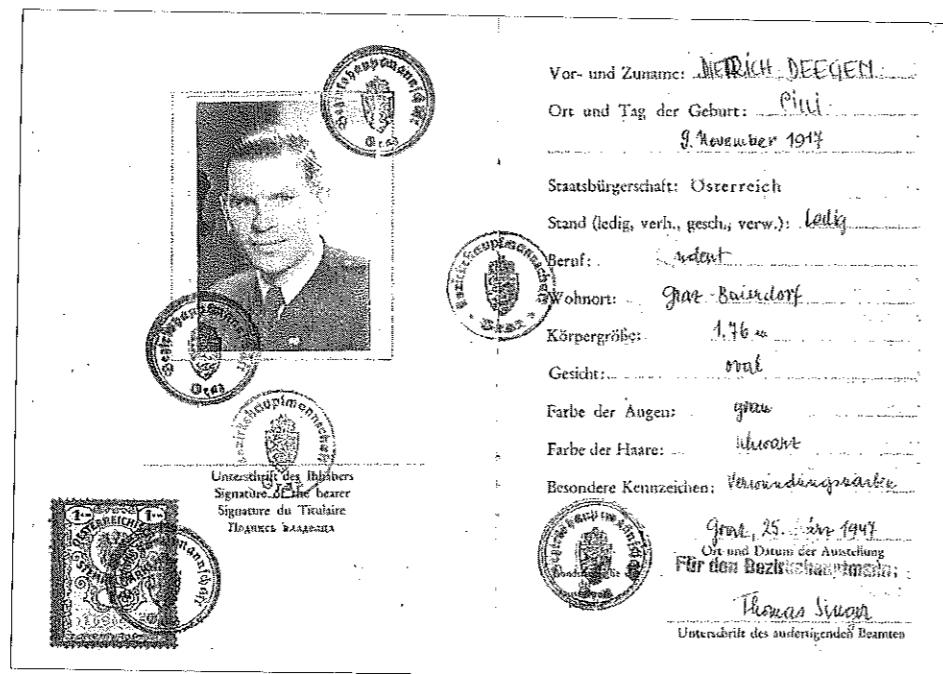
staatspolizeiliche Unterlagen im Österreichischen Staatsarchiv/Archiv der Republik. Das umfangreiche Material des auf vier Boxen verteilten Akts 23.097 „Sacher, Soucek und Genossen“ wurde in dieser Form bislang noch nicht aufbereitet. Viele der Dokumente sind allerdings mit quellenkritischem Vorbehalt zu betrachten: So wurden bereits während des Grazer Prozesses von 1948 Zweifel an den Angaben der zentralen Kronzeugen, die zum Teil vorher als Spitzel in die NS-Untergrundbewegungen eingeschleust worden waren, laut.<sup>2</sup> Die Staatspolizei<sup>3</sup>, die zu diesem Zeitpunkt von internen Umwälzungen betroffen war, stellte die Aktivitäten der „Ehemaligen“ möglichst drastisch dar, als ob von den NS-Untergrundbewegungen<sup>4</sup> eine ernste Gefahr für die Stabilität der österreichischen Nachkriegsdemokratie ausgegangen wäre. Nichtsdestotrotz werfen vor allem die Verbindungen der Gruppen zum CIC viele Fragen auf: Wie weit ging die Zusammenarbeit mit früheren NS-Nachrichtendienstlern, Schutzstaffel (SS)- und Wehrmachtsangehörigen? Sind die Rößner- und Soucek-Gruppen im Zusammenhang mit der Herausbildung von paramilitärischen Strukturen (Stay behind) zu verstehen? Vor allem aber ist die „Soucek-Rößner-Verschwörung“ eine aussagekräftige Fallstudie, in der sich die Ambivalenz der Nachkriegszeit spiegelt: Das besetzte Österreich als „Basar“ für Informationshandel; ein durch Paranoia, Spannungen und latente Kriegsangst aufgeladenes politisches Klima; Sammlungsbestrebungen „Ehemaliger“ gegen die als Diskriminierung empfundenen Bestimmungen der Entnazifizierung bis hin zu den subversiv-antidemokratischen Bestrebungen von Rößner und Soucek.

### „AKTION SACHER“

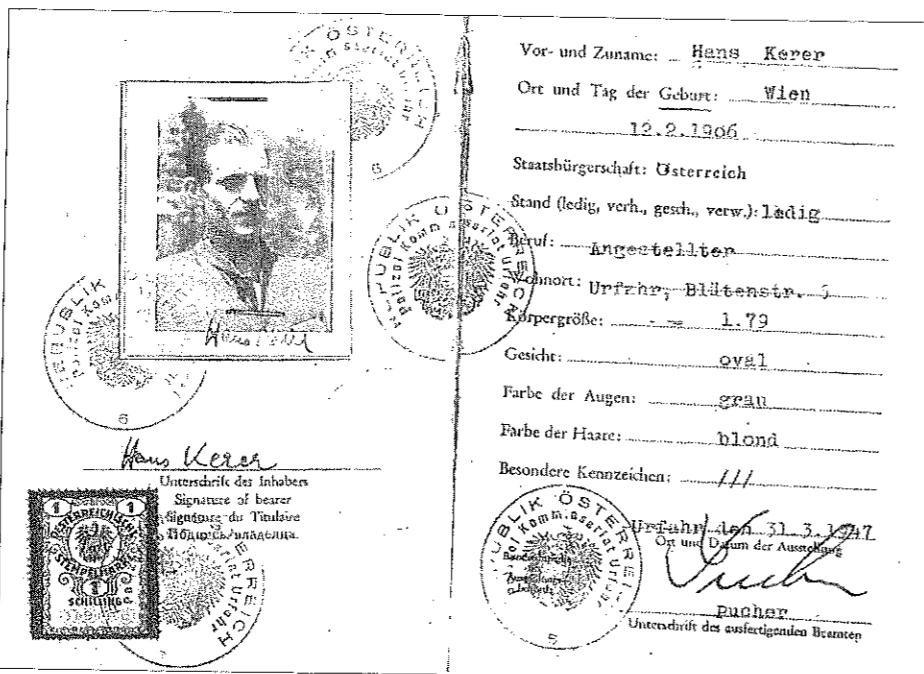
1947 kam die Sicherheitsdirektion für Oberösterreich einem über mehrere Bundesländer ausgedehnten Schleichhändlerring auf die Spur. Dieser führte vor allem in Oberösterreich und Salzburg Schiebergeschäfte mit Mangelwaren, insbesondere mit Sacharin durch, das vorwiegend aus der Schweiz nach Österreich geschmuggelt wurde. Transportiert wurde es von Frauen sowie von Kriegsversehrten in deren Bund- oder Fußprothesen. Im Zuge der Ermittlungen („Aktion Sacher“) ergab sich, dass die Hauptakteure ehemalige Nationalsozialisten waren, die sich mit Hilfe von gefälschten Personalpapieren verborgen hielten. Diese hatten auch die Leitung der Schmugg-

lerorganisation inne. „Diese Tatsache ließ vermuten, dass die Verbindung zwischen den Personen nicht ausschließlich Schleichhandelsgeschäften, sondern auch der Sammlung nationalsozialistischer Elemente mit dem Ziele diente, eine verbotene Organisation vorzubereiten bzw. auszubauen“, heißt es in einem

zusammenfassenden Bericht des Innenministeriums. Die Ermittlungen wurden über einen längeren Zeitraum verdeckt durchgeführt, um Beweise für eine politische Betätigung zu sammeln und die vermutete Organisation in ihrer Gesamtheit zu erfassen. Ende Oktober 1947 waren diese Ziele erreicht.<sup>5</sup>



Gefälschter Ausweis für Theodor Soucek. Quelle: Polaschek, *Im Namen der Republik Österreich*, 208.



Gefälschter Ausweis für Hugo Rößner. Quelle: Polaschek, *Im Namen der Republik Österreich*, 209.

In Linz hatten Staatspolizisten ein Café überwacht, das von mehr Personen betreten als verlassen wurde – einige Gäste verschwanden offenbar durch Nebenausgänge oder Geheimgänge. Schließlich wurde eine Razzia durchgeführt und man wurde

tatsächlich fündig: In den Kellerräumen des Lokals befand sich eine Druckerei für gefälschte Personalpapiere und bereits fertiggestellte Dokumente wurden sichergestellt. Dadurch wurden die Decknamen der „U-Boote“ bekannt, die anhand der vorhande-

nen Fotos dann identifiziert werden konnten.<sup>6</sup> Die Schlüsselpersonen waren der 39jährige ehemalige Gauhauptstellen- und Oberbereichsleiter von Wien, Hugo Rößner, der 27jährige vormalige Jungbannführer der Hitlerjugend (HJ), Amon Göth (nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Kommandanten des Konzentrationslagers Plaszow), der 30jährige kriegsversehrte und ehemalige militärische Ausbilder einer HJ-Abteilung, Fritz Schiller, und der 27jährige ehemalige HJ-Bannführer Johann Balzer.<sup>7</sup> Rößner, der die Führung innehatte, war im März 1933 der SA und im Mai 1933 der NSDAP beigetreten. Nach dem Anschluss 1938 verwendete man ihn als SA-Schulungsleiter für den Gau Wien, drei Jahre später stand er bei der Gauleitung Wien als Referent für wehrgeistige Erziehung und als Gau-Schulungsleiter in Verwendung. Nach Kriegsende hielt sich Rößner bei Bauern im Ennstal verborgen, fand anschließend Arbeit in der BRD und ließ sich 1946 unter dem Alias „Kurt Müller“ repatriieren. Er wurde schließlich am 13. November 1947 in Villach verhaftet.<sup>8</sup>

Rößners Organisation, die sich zwecks Tarnung „ASV (Alpensportverein) Edelweiß“ nannte, hatte ihre Knotenpunkte in Linz, Wels, Vöcklabruck und Mondsee.<sup>9</sup> Im September 1946 hielten Rößner, Göth, Balzer und Schiller mit dem Grazer SS-Obersturmbannführer Viktor Nageler auf der Brunnerhütte am Stoderzinken (Steiermark) eine Zusammenkunft ab. Nageler hatte zuvor versucht, unter dem Decknamen „Trenk“ in Linz und Urfahr ehemalige HJ-Angehörige um sich zu scharen (die Mitglieder dieser Gruppe nannten sich gewöhnlich „Panduren“). Man kam überein, sich zusammenzuschließen und dabei klandestine Strukturen mit klaren Zielsetzungen auszubilden.<sup>10</sup> Die Details wurden am 7. und 8. Juni 1947 bei einem Folgetreffen im Salzburger Hotel „Roter Krebs“ geklärt. Vor allem Rößner schwante die Gründung eines Elite-Ordens vor, der nach dem Vorbild von Geheimgesellschaften wie Jesuiten und Freimaurer organisiert sein sollte. Wie in einem Bericht an die Innsbrucker Oberstaatsanwaltschaft skizziert wurde, sollten in diesem „Orden“ die „fähigsten Köpfe“ als Führungspersonal zusammengefasst werden, „wobei allerdings unbedingt darauf zu achten sei, dass die Existenz dieses Ordens den einzelnen ‚Geführten‘ geheim zu halten sei. Die vornehmlichste Aufgabe sei es hierbei, bis in die einzelnen Bezirke vorzudringen und überall dort einen Ordensmann unterzubringen, der indirekt oder teilweise auch direkt über 1-2 Strohmänner die Aufträge an die breite Masse und

die zur Mitarbeit gewillten Personen erteilt. [...] Die Anhänger dieser Untergrundbewegung werden streng in verschiedene Kategorien eingeteilt u. zw. ordensfähig nach vorhergegangener Überprüfung und Bürgung, noch nicht ordensfähig und nicht ordensfähig. Demnach sind sie als Führer, Helfer oder Werkzeuge zu bezeichnen.“ Oberstes Ziel der so hierarchisch gestaffelten Untergrundbewegung sei „die Wiederaufrichtung der nationalsozialistischen Herrschaft und eines einigen großdeutschen Reiches“. Aktiv werden wollte man jedoch erst im Falle einer militärischen Auseinandersetzung zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion, deren Ausbruch aber bald erwartet wurde. Bis dahin sollte die Organisation in allen Einheiten aufgebaut sein, während der „Schleichhandel mit Sacharin, Kokain und anderen gangbaren Artikeln“ das notwendige finanzielle Fundament bildete.<sup>11</sup> Sollte genügend Kapital auf diese Weise zustande gekommen sein, war eine Beteiligung an Handelsagenturen, Transportunternehmen und dergleichen angedacht. Weiters sollten eine Zentralstelle zur Beschaffung gefälschter Personaldokumente, wie Entlassungsscheine, Identitätskarten, Beschäftigungsausweise, geschaffen, ein Zeitungsarchiv gegründet und eine Namensliste politischer Gegner angelegt werden.<sup>12</sup>



Das heutige Hotel am Salzburger Mirabellplatz besteht in Teilen aus dem ehemaligen Hotel Roter Krebs. Quelle: Lisa Schweiger-Genslucker.

## DIE SOUCEK-GRUPPE

Anfang 1947 knüpfte Rößners Untergrundbewegung Kontakte zu einer weiteren Gruppe, die sich schon Ende 1946 in der Steiermark gebildet hatte – rund um den Grazer Kaufmann Theodor Soucek (geboren 1919).<sup>13</sup> Der illegale Nationalsozialist und spätere Leutnant der Wehrmacht wurde im November 1947 gemeinsam mit 19 anderen Personen verhaftet. In der Mehrzahl handelte es sich um ehemalige Wehrmachts-

offiziere sowie HJ-, SA- und SS-Angehörige.<sup>14</sup> Nach Aussage von Soucek bekannte man sich innerhalb dieses Kreises zu „gewissen nationalsozialistischen Auffassungen“, lehnte jedoch „jede Neuorganisation in Anlehnung an die NSDAP, ihr Programm und ihre personelle Führungsschicht“ eindeutig ab“. Dafür wurde in den Anti-NS-Gesetzen „unter Zugrundelegung einer Kollektivschuld“ eine „große Gefahr für Österreich“ gesehen, weshalb man die „Härten dieses Gesetzes“ beseitigen wollte. Die Sammlung ehemaliger Nationalsozialisten sollte schließlich in die Schaffung einer „vierten Partei“ münden: „Wir suchten durch die Bildung eines geistig aufeinander abgestimmten Kreises die Voraussetzungen für eine spätere rein legale politische Tätigkeit zu schaffen, die unter Zugrundelegung einer völligen staatlichen Gleichberechtigung hauptsächlich der Gesinnung und Haltung der ehemaligen Frontsoldaten und Kriegsteilnehmer Plattform und Betätigung schuf.“<sup>15</sup>

Wie Soucek in seinem 2001 erschienenen autobiografischen Bericht *Mein Richter, mein Henker* herausstreich, war die primäre Motivation, „politisch verfolgten“ ehemaligen Nationalsozialisten und „Auslieferungsbedrohten“ an die Rote Armee und Tito-Jugoslawien Fluchthilfe zukommen zu lassen. So wurden über „Kriegskameraden“ und Sympathisanten in der steirischen Betreuungsstelle des Heimkehrerverbands Personaldokumente mit falschen Identitäten besorgt.<sup>16</sup> Man habe, so Soucek, „aus den höchsten Stellen der Besatzungsbüros jede erdenkliche Hilfe“ – gestempelte Formulare und Personalpapiere, Suchlisten und vertrauliche Informationen – erhalten.<sup>17</sup> Mit Hilfe dieses Materials erstellte dann ein Dokumentenspezialist die notwendigen Viersprachenausweise zur Durchquerung aller Besatzungszonen, Meldescheine, Lebensmittelkarten, Führerscheine und Versehrtenpapiere.<sup>18</sup> Weiters wurden in Lebensmittelpaketen und in Weißmehlsäcken versteckte Drahtmesser, Schneidezangen und Feilen in die Internierungslager Wolfsberg und Glasenbach<sup>19</sup> eingeschmuggelt. Ausbrecher konnten dann bei benachbarten Bauernhöfen unterkommen, wo die Gewährung von Versteck und Pflege vorab arrangiert worden war; „für den Abtransport und die weitere Flucht übernahmen es wir, das Notwendige zu tun und zu veranlassen“.<sup>20</sup> In *Mein Richter, mein Henker* behauptet Soucek, auf diese Weise „weit über 500“ Menschen vor der Auslieferung gerettet zu haben und dafür 1953 von Bundespräsident Adolf Schärf persönlich belobigt worden zu sein.<sup>21</sup>

In den Ermittlungsakten ist dagegen lediglich davon die Rede, dass „7-8 Mann“ Soucek die Freiheit verdanken würden.<sup>22</sup> Einer davon war der ehemalige steirische Gauleiter und Reichsstatthalter Siegfried Überreither, dem die Gruppe einen Pass auf dem Namen „Dr. Hans Ulrich, Staatsbeamter“ ausgestellt hatte. Er schaffte es, sich nach Argentinien abzusetzen.<sup>23</sup> Ein anderer Fall war der Physiker Armin Dadieu: Der SS-Standartenführer und zeitweilige Landesstatthalter und Gauhauptmann der Steiermark war 1946 untergetaucht, nachdem sein Name auf einer Kriegsverbrecherliste erschien. Dadieu verbrachte fünf Monate in Souceks Villa in Graz. Um ihm die weitere Flucht über Rom nach Argentinien zu ermöglichen, besorgte man Dadieu einen Viersprachenausweis und ließ ihn über die Grenze schleusen.<sup>24</sup> Es gab aber auch Pläne, die über Fluchthilfe weit hinausgingen. So soll Soucek einen Gesinnungsgenossen angewiesen haben, den Kommandanten des Internierungslagers in Wolfsberg zu ermorden: „Desgleichen beauftragte er Ernst G., eine Frau in der Wielandgasse Nr. 13 [Graz] umzulegen, weil sie einen SS-Offizier angezeigt habe. In beiden Fällen wollte Soucek die Waffen zur Begehung der Tat zur Verfügung stellen.“<sup>25</sup>

Ein weiteres bestimmendes Handlungsmotiv für Souceks Gruppe war die „Sorge um das nationale Schicksal im Falle eines drohenden Kriegsausbruchs zwischen West und Ost“. Soucek gab Anfang Dezember 1947 im Verhör an, dass man dem „drohenden Kriegsausbruch zwischen West und Ost“ nicht „völlig fatalistisch oder resignierend“ gegenüberstehen wollte, sondern Vorkehrungen traf, „die der Schaffung einer Selbstschutzmehrheit entsprochen hätten“: „Nachdem ich und meine Freunde aus entscheidend anti-kommunistischen Erwägungen zum Nationalsozialismus gestoßen sind und im Laufe einer 5-6 jährigen Kriegsdienstzeit die Ablehnung einer kommunistischen Staatsordnung erhärtet und gefestigt wurde, beschlossen wir uns gemeinsam dem Zugriff einer Besatzungsmacht aus dem Osten zu entziehen und uns nach dem Westen durchschlagend einer allfälligen Macht, die den Schutz unserer Heimat vorhatte, zur Verfügung zu stellen.“ Soucek und sein Kreis waren entschlossen, „jeden Versuch, auf gewaltsamen Wege in Österreich die Richtung einer kommunistischen Staatsform aufzudecken und alle dazu bereitgestellten Mittel und ausersehnen Personen den zuständigen Behörden bekanntzugeben“.<sup>26</sup> Waffenverstecke konnten in diesem Zusammenhang

vonden Behörden nicht lokalisiert werden: „Von dem Besitz einzelner Waffen, die bei den verhafteten Personen vorgefunden wurden, abgesehen, konnten aber Anhaltspunkte für das Bestehen von geheimen Waffenlagern dieser Organisation nicht festgestellt werden.“<sup>27</sup> Dafür wurde Soucek in den Aussagen des Kronzeugen Josef Grasl<sup>28</sup> zum allmächtigen „Chef“ einer perfekt klandestin organisierten Untergrundbewegung mit Verbindungen in ganz Österreich stilisiert.<sup>29</sup>

## PROZESS UND URTEILE

Bis Ende 1947 wurden etwa 80 Personen verhaftet; bis Ende März 1948 stieg diese Zahl auf über 100 an.<sup>30</sup> Am 6. Januar 1948 informierte Innenminister Oskar Helmer<sup>31</sup> den Ministerrat über die aufgedeckten NS-Untergrundbewegungen: „Es hätte eine Führerschicht gebildet werden sollen, die nach den Regeln des Jesuitenordens auszubilden gewesen wäre. [...] Die Organisation ‚Sacher‘ hat sich aller möglichen Organe bedient und hat versucht, die Heimkehrer zu erfassen und hat auch Verbindungen mit allen nur möglichen Organisationen gesucht. [...] Ich bin der Auffassung, dass in der kürzesten Zeit die Aburteilung der Verhafteten zu erfolgen hat und diese nicht auf die lange Bank geschoben werden darf. Weiters müssen exemplarische Strafen verhängt werden. Die Bevölkerung verlangt dies von uns. Pfadfinder, die sich einen Stempel für falsche Ausweise angeeignet haben, sind mit dieser Affäre nicht in Verbindung zu bringen.“<sup>32</sup> Öffentlich schlug Helmer im Nationalrat nur acht Tage später einen anderen Ton an: Bei den aufgedeckten NS-Untergrundbewegungen handele es sich um „eine Handvoll unentwegter Narren und Verbrecher“, deren Machenschaften – vom Schleichhandel abgesehen – über das Planungstadium nicht hinausgekommen waren. Auch Alfons Gorbach<sup>33</sup>, der die Gruppen von Soucek und Rößner als „unbelehrbare Phantasten und Verbrecher“ bezeichnete, warnte davor, dem „verantwortungslosen Treiben“ zu großes Gewicht beizumessen, „denn eine ernste politische Gefahr darin zu sehen, hieße die Stärke und Abwehrbereitschaft der demokratischen Kräfte unseres Volkes arg zu unterschätzen und Leuten wie Rößner, Soucek und deren Genossen mehr Bedeutung und Ehre anzutun, als ihnen zukommt.“<sup>34</sup>

Am 31. März 1948 begann der Prozess vor dem Grazer Volksgericht und nach 27 Verhandlungstagen wurden harte Urteile gefällt: Über drei Hauptverant-

wortliche – Soucek, Rößner und Göth – wurde die Todesstrafe und gegen drei weitere Beteiligte – Franz Klinger, Anton Sehnert und Friedrich Schiller – langjährige Kerkerstrafen verhängt. Die Todesurteile wurden 1949 von Bundespräsident Karl Renner in Haftstrafen umgewandelt – nachdem bereits das Gericht festgestellt hatte, dass eine Vollstreckung die Verurteilten „ganz überflüssigerweise als Märtyrer einer längst verfallenen Ideologie erscheinen ließe“.<sup>35</sup> Letztendlich sollte aber keiner länger als vier Jahre in Haft verbringen. 1952 wurden alle vom Bundespräsidenten begnadigt. Lediglich Soucek, der 1953 einen Verkehrsunfall verursachte, bei dem eine Radfahrerin starb, wurde 1954 noch zu einer fünfmonatigen Kerkerstrafe verurteilt.<sup>36</sup>



Verhandlung gegen Theodor Soucek, Franz Klinger, Hugo Rößner, Amon Göth, Anton Sehnert und Friedrich Schiller vor dem Volksgericht Graz 1948. Quelle: Polaschek, *Im Namen der Republik Österreich*, 216.

## DIE ROLLE DES CIC

Wie eingangs erwähnt, spielte das CIC im Verlauf der Ermittlungen gegen Rößner/Soucek eine un durchschaubare Rolle im Hintergrund: Zentrale Akteure aus den NS-Untergrundbewegungen hatten Verbindung zum US-Militärgeheimdienst und wurden von diesem gedeckt. Um dieses Kooperationsnachzuzeichnen, ist es notwendig, sie in den Gesamtkontext der US-Geheimdiensttätigkeit in der Nachkriegszeit einzubetten. Der frühe Kalte Krieg war von ernsten Spannungen zwischen den früheren Verbündeten des Zweiten Weltkriegs gekennzeichnet. Aus westlicher Sicht schienen die kommunistischen Machtübernahmen in Ungarn und der Tschechoslowakei (1947/1948), die Berlin-Blockade und der „große Bruch“ zwischen Tito und Stalin (1948), der Verlust des westlichen Atomwaffenmonopols (1949) sowie der Koreakrieg (1950-1953) eine eminent

Bedrohung zu bestätigen. Im militärisch besetzten Österreich, wo die Machtblöcke am Eisernen Vorhang unmittelbar aufeinandertrafen, sorgten ein angeblicher Putschversuch der KPÖ im Oktober 1950 und eine mögliche Teilung des Landes entlang der Demarkationslinie ebenfalls für Verunsicherung. Wie der in Österreich stationierte CIC-Offizier James Milano in seinen Memoiren betont, fühlten sich die westlichen Alliierten hier zunehmend verletzbar: „Soviet troops occupied about a third of the country: the zone of occupation completely surrounded the capital. The southern borders of Austria were flanked by Yugoslavia, which was still a member of the Soviet alliance, and by Communist Hungary. After the coup in Czechoslovakia, the north-eastern border was in the hands of the enemy.“<sup>37</sup>

Die Mitarbeiter des 430th CIC-Detachments waren Anfang Mai 1945 in Österreich eingetroffen und hatten sich zunächst in Salzburg und ab August 1945 in Wien eingerichtet (die erst 1947 gegründete CIA übernahm ab 1949 wesentliche Aufgaben in Österreich). Im Verlaufe der Besatzungszeit war das CIC mit ca. 500 hauptamtlichen Mitarbeitern aktiv. Ihre Hauptaufgabe war zunächst die Entnazifizierung im US-Besatzungsbereich. Doch die Priorität verschob sich schon innerhalb weniger Monate zur Beobachtung der Aktivitäten der sowjetischen Besatzungsmacht und ihrer zentral- und osteuropäischen Verbündeten, das Abschöpfen von „Displaced Persons“ (DPs), d. h. von Flüchtlingen, Vertriebenen aus Osteuropa und Kriegsheimkehrern, sowie das Sammeln von Informationen über die österreichische Innenpolitik.<sup>38</sup> Unter den dafür angeworbenen Informanten und Zuträgern befanden sich osteuropäische NS-Kollaboratoren bzw. Veteranen der NS-Geheimdienste und der Waffen-SS. Unter den geänderten Vorzeichen des Kalten Krieges waren aus früheren Feinden Verbündete geworden. Wie der US-Historiker Christopher Simpson betont, wussten die US-Geheimdienste oder hatten guten Grund zur Annahme, dass viele dieser Kontraktagenten zuvor Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hatten.<sup>39</sup> 2014 kam eine Studie zum Schluss, dass mindestens 1.000 frühere Nationalsozialisten von US-Diensten als Spione und Informanten beschäftigt worden waren.<sup>40</sup>

Österreich spielte in mehrfacher Hinsicht eine wichtige Rolle: Zahllose zivile und militärische Deserteure sowie gefährdete Agenten wurden hier über eine eigens installierte „Rattenlinie“ aus dem sowjetisch besetzten Teil und aus Osteuropa herausgeführt.<sup>41</sup> Vor

allem aber war Wien einer der Hauptumschlagplätze für nachrichtendienstliche Informationen.<sup>42</sup> In einem freigegebenen Recherchebericht der CIA von 1999 ist von einem regelrechten „intelligence jungle“ die Rede. Alle möglichen ehemaligen Angehörigen von Abwehr, Gestapo, Reichssicherheitshauptamt (RSHA) Amt VI und von faschistischen Organisationen aus Zentral- und Südeuropa boten fabrizierte Informationen feil, um die man sich dann gestritten hätte „like so many women in Macy's basement on the day after Christmas“, so ein pensionierter Offizier.<sup>43</sup> Ein Bericht für die CIA von 1949 listet insgesamt 17 verschiedene nachrichtendienstliche Gruppen auf, die zu diesem Zeitpunkt in Österreich aktiv waren: Neben dem unter Anleitung von Maximilian Ronge<sup>44</sup> im Aufbau befindlichen Militärgeheimdienst („Gruppe für das Nachrichtenwesen“) verfügten auch die Großparteien SPÖ und ÖVP ebenso über eigene Informationsdienste wie die katholische Kirche. Hinzu kamen zwei jeweils für Großbritannien und Frankreich tätige Netzwerke. Fünf weitere dieser selbstständig operierenden und miteinander konkurrierenden Organisationen wurden von ehemaligen SD-Mitarbeitern, SS- und HJ-Angehörigen angeführt.<sup>45</sup>

Das 430th CIC-Detachment hatte fröhlichstens 1946 in diesen Kreisen rekrutiert: Eine Untersuchung des amerikanischen Office of Special Investigations (OSI) kam 1988 zum Schluss, dass das CIC in Österreich 13 ehemalige Funktionäre des NS-Sicherheitsapparats anwarb. Für das CIC habe offenbar die Philosophie gegolten, wonach das Ziel die Mittel heilige.<sup>46</sup> Die Mitgliedschaft in der SS oder einer anderen NS-Organisation war demnach kein Kriterium, um als Informant abgelehnt zu werden. Dass sich das CIC mit solchen Quellen einließ, hatte mehrere Gründe: Mangelhafte Kontrolle über die massiv ausgeweiteten Aufklärungsvorgänge, interne Rivalität zwischen den verschiedenen geheimdienstlichen Organisationen und Defizite in der Personalstruktur. Infolge der Reduktion der US-Armee in Westeuropa bis Ende 1945 war das CIC mit jungen und ungenügend ausgebildeten Rekruten besetzt, die kaum für die Verbrechen des NS-Regimes sensibilisiert waren. Alle diese Faktoren wirkten sich negativ auf die operative Effektivität aus und führten letztendlich dazu, dass man in großem Maßstab auf „antikommunistische Ressourcen“ zurückgriff, um die eigenen Vorgaben zu erfüllen.<sup>47</sup>

Dennoch wollte etwa der ehemalige CIC-Offizier James Milano diese Vorgehensweise im Rückblick nicht negativ bewerten: „Some of the American new

German recruits were reliable, steady, and competent intelligence officers. When they claimed they had contacts in Eastern Europe that could be brought together again as a new anti-Communist network, they were telling the truth. They were, after all, far better placed than the newly arrived Americans to open contacts with the underground in Stalin's empire, because those contacts would necessarily consist, first of all, of people they had worked with during the war.“ Einige Agenten, räumt Milano ein, waren weniger verlässlich – diese hätten mit Informationen wie mit Rohstoffen gehandelt und diese verschiedenen US-Diensten und alliierten Organisationen angeboten. Hier sei es für die CIC-Führungsoffiziere schwierig gewesen, zu entscheiden, ob ein Bericht wahr, teilweise wahr oder gänzlich erfunden war.<sup>48</sup> Das ehemalige NS-Sicherheitspersonal nützte diese Schwäche jedenfalls weidlich aus und war bestrebt, so viel Eigennutzen wie möglich daraus zu ziehen. Für die westlichen Dienste war der Schaden letztlich größer als der Nutzen: Denn ihre braune Vergangenheit hatte manche Agenten erpressbar gemacht – so wurden etwa in der Organisation Gehlen (Vorläufer des 1956 gegründeten Bundesnachrichtendiensts, BND) hochrangige Mitarbeiter von östlichen Geheimdiensten als „Maulwürfe“ angeworben und richteten beträchtlichen Schaden an.<sup>49</sup>

Einer der bekanntesten Quellen des CIC in Österreich war Wilhelm Höttl (1915-1999), ehemals SS-Obersturmbannführer und 1938-1945 Referent im Auslands-Sicherheitsdienst (SD).<sup>50</sup> Nach Kriegsende 1945 machte Höttl eine erstaunliche zweite Karriere: Als Autor, Gründer des Privatrealgymnasiums in Bad Aussee und, wegen seines Spezialwissens über Ungarn und den Balkanraum, als Spion verschiedener Geheimdienste. Deswegen entließ die US-Armee Höttl im Dezember 1947 und verweigerte seine Auslieferung an eines der österreichischen Volksgerichte, die damals gegen NS-Täter vorgingen.<sup>51</sup> Schon 1948/49 führte Höttl im Auftrag des CIC ein großangelegtes Spionageunternehmen durch. Gemeinsam mit den ehemaligen Waffen-SS-Angehörigen Erich Kernmayer<sup>52</sup> und Karl Kowarik<sup>53</sup> installierte er für das CIC Field Office Gmunden Anfang Juli 1948 zwei Netzwerke.<sup>54</sup> Höttl erinnerte sich Ende der 1970er Jahre positiv an seine Dienstherrn: „Speziell in Gmunden war eine Zweigstelle des CIC, in der sich tapfere Elemente gefunden haben, die sagten: „Ganz egal, wo die Informationen über die Russen herkommen, diese Leute wissen am meisten. Wenn

die uns helfen, helfen wir ihnen, wenn sie gefährdet sind.“ [...] Die Amerikaner hatten sich überhaupt nicht dafür interessiert, wo der Mann vorher war, ob er bei der Waffen-SS oder bei der Allgemeinen SS gewesen war. Er hätte genauso gut ein Treblinka- oder Auschwitz-Mann sein können, das war denen ganz gleich [...]. Nach der ersten Hasswelle von Nürnberg, die 1946 abebbte, begann schon 1947 die Fraternisierung speziell mit der SS, weil sie als verlässlichste Waffe angesehen wurde.“<sup>55</sup>

Unter dem Codenamen „Montgomery“ sollten Höttls Agenten in Ungarn Informationen betreffend militärische und kommunistische Aktivitäten sowie wirtschaftlich-industrielle Entwicklungen beschaffen.<sup>56</sup> Verantwortlicher Operationschef war der ehemalige SS-Hauptsturmführer Karoly Ney. Rund um ihn bildeten mehrere Dutzend Agenten, vor allem ungarische Kriegsveteranen und Emigranten, die Antibolschewistische Magyarische Hauptkampflinie (AMA). Ihr Hauptquartier hatte die Truppe in einem Gebäude des CIC in Lambach, 25 Kilometer von Gmunden entfernt. Ausbildungsmaßnahmen wurden rund um eine Hütte des Alpenvereins bei Grünau durchgeführt. Die abgelegene Gegend im Toten Gebirge eignete sich für das Training im Partisanenkampf.<sup>57</sup> Parallel dazu lief noch ein zweites Unternehmen: „Mount Vernon“. Ziel war hier, eine „österreichische Nachrichtenorganisation“ aufzubauen, „die im Ernstfall als antibolschewistische Untergrundbewegung funktionieren soll“.<sup>58</sup>

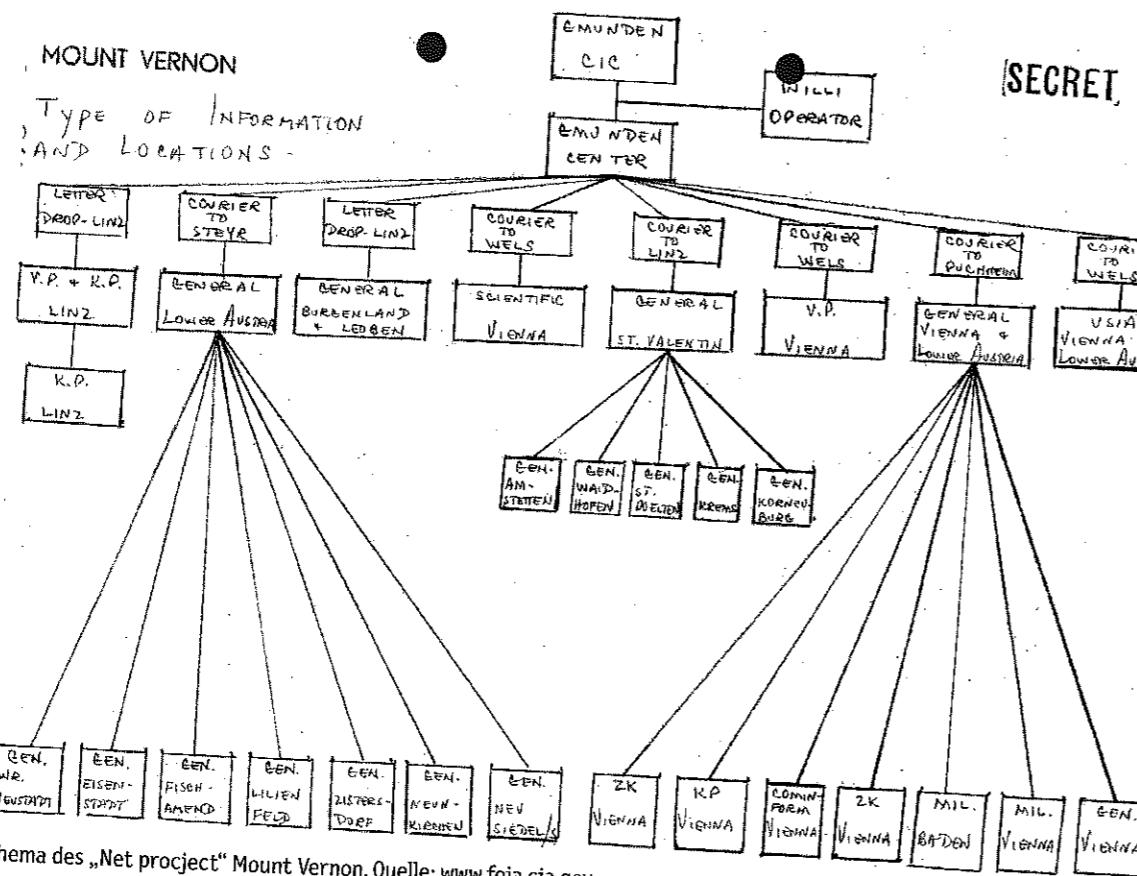


Hauptquartier von „Mount Vernon“ war die Villa Bauer in Alt-Münster bei Gmunden. Quelle: Autor.

Beide „Netze“ wurden spätestens 1949 wieder aufgelöst: Neys Truppe war rasch unterwandert worden. Vor allem aber war das CIC mit der Qualität der Informationen unzufrieden.<sup>59</sup> Über Monate seien keine Information übermittelt worden, die sich nicht als unrichtig, als Gerücht oder als aus Zeitungen abgeschrieben erwiesen.<sup>60</sup> Wie gerissen Höttl vorging, geht

aus einem Bericht der Staatspolizei von 1949 hervor, in der seine Arbeitsweise kritisch beleuchtet wird: „Eines seiner Hauptmerkmale nachrichtdienstlicher Technik scheint darin zu bestehen, zuerst geschickt festzustellen, was seine Auftraggeber hören wollen, d. h. festzustellen, in welcher politischen Windrichtung sich ihre politischen und militärischen Vorstellungen

am liebsten bewegen würden, und dann darauf in seiner Berichterstattung geschickt einzugehen.“<sup>61</sup> Nach Ende der Zusammenarbeit mit dem CIC war Höttl für die Organisation Gehlen<sup>62</sup> und den französischen Geheimdienst tätig. Später wurde er wegen angeblicher KGB-Kontakte zur persona non grata für die US-Dienste.<sup>63</sup>

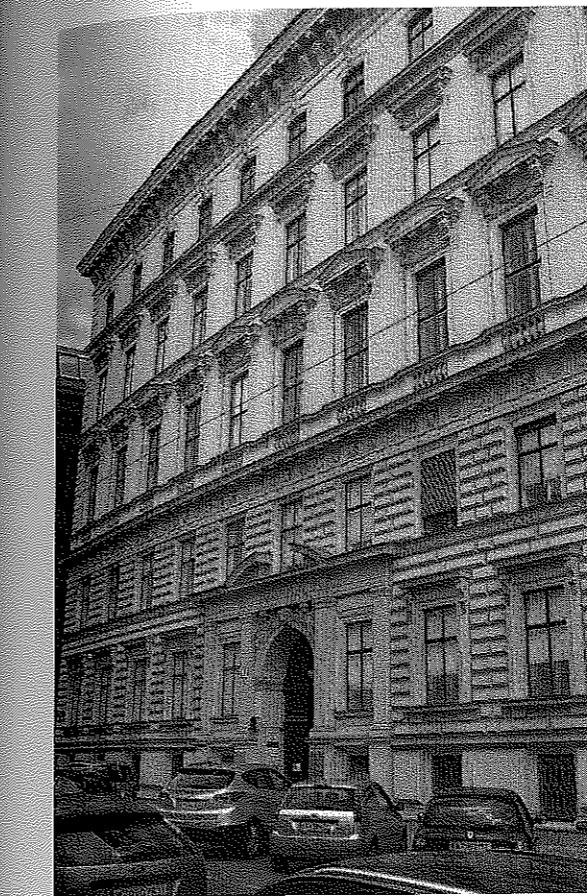


Schema des „Net project“ Mount Vernon. Quelle: [www.foia.cia.gov](http://www.foia.cia.gov).

Weitere nachrichtendienstliche Netze in Österreich<sup>64</sup> wurden von dem ehemaligen SS-Hauptsturmführer Otto von Bolschwing (1909-1982) zunächst für die Organisation Gehlen und dann für die CIA aufgezogen. Bolschwing war bereits in den 1930er Jahren als SD-Agent im Nahen Osten aktiv gewesen. Nach dem Anschluss 1938 assistierte er Adolf Eichmann bei der Enteignung und Deportation österreichischer Juden. Zwei Jahre später rückte Bolschwing zum SD-Führer in Rumänien auf, wo er 1941 an einem antijüdischen Pogrom mit mehr als 600 Opfern beteiligt war.<sup>65</sup> Eben wegen seiner engen Beziehungen zu Exilanten der „Eisernen Garde“, einer rumänischen Faschistengruppe, und guten Kontakten im Balkanraum wurde Bolschwing 1947 in Österreich von der Organisation Gehlen rekrutiert. Allerdings fiel er rasch in Ungnade, weil er die gewünschten operationellen Informationen nicht lieferte. Dafür wurde er 1950 von der CIA übernommen, die sich ebenso viel von

seinen „drei rumänischen Projekten“ erhoffte.<sup>66</sup> Bolschwing blieb allerdings dabei, schwerpunktmäßig über politische Angelegenheiten, vor allem Interna aus Österreich, zu berichten. Wie ein CIA-Bericht vermerkte, betrachtete er diese österreichische Berichterstattung als den „aircraft carrier“, von dem aus er am Balkan operiere („insists that he cannot strip this complex without harmstringing himself“).<sup>67</sup> Seine Aktivitäten in Wien führte Bolschwing unter der Tarnung der amerikanisch geförderten Austria Verlags GmbH, einer Zweigstelle der österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, durch. Bolschwing benützte diese Position, um 1948 – unterstützt von US-Geheimdienststellen – die österreichische Staatsbürgerschaft zu beantragen und sich von der Entnazifizierungskommission von NS-Aktivitäten freisprechen zu lassen.<sup>68</sup> Als gegen die Austria Verlags GmbH wegen Steuervermeidung ermittelt wurde, verweigerte das CIC den österreichischen Behörden<sup>69</sup>

jede Unterstützung, weshalb die Untersuchung Ende 1950 eingestellt werden musste.<sup>70</sup>



Ehemaliger Sitz der Austria Verlags GmbH in der Wiener Bösendorferstraße. Quelle: Autor.

Ein CIA-Dokument gibt Aufschluss über die insgesamt zehn verschiedenen Informantennetzwerke, die Bolschwing in Österreich aufgebaut hatte: So war das „EE net“ für Verbindungen zur katholischen Kirche zuständig – neben drei Geistlichen finden sich auch die Namen des Journalisten Otto Schulmeister<sup>71</sup> sowie des Priesters und Kunstsammlers Otto Mauer. Das „HH net“ wiederum stand unter Leitung des früheren SS-Obersturmführers Anton Fellner, eine der „Unterquellen“ war der frühere Gauinspekteur in Oberdonau, Stefan Schachermayer,<sup>72</sup> der auch enge Verbindungen zu Kernmayer und Höttl unterhielt. Im „SS net“, das Kontakte in der SPÖ einschloss, stechen die Namen des späteren Bundesministers für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft, Otto Probst, sowie des Nationalratsabgeordneten und späteren Tiroler Landesrats, Rupert Zechtl, hervor. Im Stab von Bolschwings Hauptquartier („CC net“) befand sich weiters neben dem früheren SS-Obersturmführer Anton Böhm der Widerstandskämpfer und spätere Südtirolaktivist Wolfgang Pfaundler, mit dessen Schwester Bolschwing verheiratet war. Weitere Netze

galten Verbindungen zur österreichischen Polizei in Salzburg, Wien und Oberösterreich („PP net“) sowie in die Vorarlberger Sicherheitsdirektion („TT net“).

Wie schon zuvor die Organisation Gehlen wurde auch die CIA unzufrieden mit ihrem Agenten: Dieser habe in erster Linie veraltete Informationen geliefert (etwa die Identifizierung von Personen und Gruppen, die längst bekannt waren),<sup>73</sup> weshalb ihm eine Re-Orientierung seiner Aktivitäten auf „satellite operations“ in kommunistisch kontrollierten Nachbarländern, Aufklärung der sowjetischen Truppenstärke und Kontakte zu politischen Parteien sowie dem Sicherheitsapparat in Österreich verordnet wurden. Anfang 1953 schätzte die CIA die jährlichen Kosten für das „Project GROSSBAHN“ (darunter Bolschwing und seine Quellen) auf 20.000 Dollar. Noch im selben Jahr entschieden allerdings die CIA-Führungsoffiziere, dass es Zeit war, Bolschwings Netzwerke stillzulegen. Dafür unterstützte man erfolgreich seine langjährigen Bemühungen, US-Bürger zu werden.<sup>74</sup> Im Gefolge des Eichmann-Prozesses (1961) wurden dann immer mehr Details über Bolschwings NS-Vergangenheit bekannt und es stellte sich heraus, dass er über seine Mittäterschaft gelogen hatte. Um nicht in Verlegenheit zu geraten, wurde er seitens der CIA weiter protegiert und nicht an das US-Justizministerium oder an westdeutsche Behörden gemeldet. Erst in den frühen 1980er Jahren wurde Bolschwing endgültig als Kriegsverbrecher enttarnt. Man erlaubte dem Schwerkranken aber, 1982 in den USA zu sterben.<sup>75</sup>



Riedenburg-Kaserne Salzburg, Hauptquartier der United States Armed Forces in Austria (USAF). Quelle: Luckyprof/Wikimedia Commons.

Austria

1. The following information was provided by USAGE on those persons or groups from whom he obtained reports or information on Austria:

## a. AA net

AA 1  
AA 2  
AA 3  
AA 4  
AA 5  
AA 6

## b. CC net - USAGE headquarters staff, or direct USAGE contact,

CC 1 - USAGE  
CC 2 - Anton BOEHM  
CC 3 - Inge von der TANN  
CC 4 - Walter HAUSHERR  
CC 11 - Hermann PFAUNDLER-HADERMUR  
CC 12 - Josef WIRTH  
CC 13 - Wolfgang PFAUNDLER

## c. EE net - Catholic Church connections.

EE 1 - Father Hugo ADNTJOYE  
EE 2 - Father Marcel von CUTSEM  
EE 3 - Father Ludwig FRODL  
EE 4 - Otto SCHULMEISTER  
EE 5 - Otto MAUER

## d. HH net

HH 1 - Anton FELINER

Sub-sources: Oswald SEEWALD, Rudolf KHECK, Lothar GREIL,  
Stefan SCHACHERMAYER, Otto BRUNNER

HH 2 - Karl KRAMMER  
HH 3 - Philipp METZLER

Sub-source: AUER, fmu.

HH 4 - Hans AMBROSIC  
HH 5 - Fritz van TONGEL  
HH 6 - Herbert KALHOFER  
HH 7 - Gunther BROKGSCHSS  
HH 8 - Walter SCHNEEFUSS  
HH 9 - Walter HAFNER  
HH 10 - Anton KRONBERGER  
HH 11 - Otto BRUNNER

2.

## e. MM net

MM 1  
MM 2  
MM 3  
MM 4  
MM 5

MM 6  
MM 7  
MM 8  
MM 9  
MM 10

MM 11  
MM 12  
MM 13  
MM 14  
MM 15

## f. NN net

NN 1  
NN 2  
NN 3  
NN 4  
NN 5

## g. PP net - Austrian Police and CI net, covering Land Salzburg and having connections in Vienna and Upper Austria.

PP 1 - Oskar MODELHART  
PP 2 - Karl HAGER  
PP 3 - Friedrich MOLNAR  
PP 4 - Franz CERMAK  
PP 5 - Johann ANGERER  
PP 6 - Georg BEICHINGER  
PP 7 - Wilhelm LEHNER  
PP 8 - Heinrich ZACH  
PP 9 - Karl MEIEL  
PP 10 - Herbert MODELHART  
PP 11 - Johann EMIG  
PP 12 - Konrad SCHROECK  
PP 13 - never identified  
PP 14 - never identified

## h. SS net - Socialist Party net, covering all of Austria.

SS 1 - Oskar MODELHART (identical with PP 1)  
SS 2 - LINSBAUER, fmu  
SS 3 - Otto PROBST  
SS 4 - GEIGER, fmu  
SS 5 - Ferdinand LINHART  
SS 6 - Josef WEISSKIND  
SS 7 - Ernst HALLINGER  
SS 8 - Rupert ZECHTL

## i. TT net - Vorarlberg Security Directorate unit.

TT 1 - Wolfram BITSCHNAU  
TT 2 - Wilhelm DIETRICH  
TT 3 - Hans Jurg KIRSCH  
TT 4 - VEIERER, fmu  
TT 5 - Leopold VOLLER  
TT 6 - Karl von WINKLER

## j. VV net

VV 1  
VV 2

VV 3  
VV 4

VV 5  
VV 6

Auch die Protagonisten der NS-Untergrundbewegungen erkannten, dass ihnen der Machtkonflikt des Kalten Krieges neue Chancen einräumte. So gab Soucek in einem Verhör an: „Wir hatten in Erfahrung gebracht, dass die Alliierten über ihre Nachrichtendienste eine Aufklärungsarbeit gegen kommunistische Tätigkeit wünschten und waren bereit, allen derartigen Bestrebungen – ohne selbst in sie einzutreten – unsere Unterstützung angedeihen zu lassen.“<sup>76</sup> Besonders ausgeprägt war dies im Fall der Rößner-Vertrauten Johann Balzer und Amon Göth: Sie erhielten von den CIC-Offizieren „Eckhart und Koch“<sup>77</sup> Einsicht in streng geheime Ermittlungsunterlagen. Auch Rößner soll auf diese Weise „in großen Zügen“ über das Material im Bilde gewesen sein. „Nach den hä. Informationen wurde Balzer ebenso wie Göth bei CIC Salzburg Gelegenheit gegeben, alles die NS-Untergrundbewegung betreffende Aktenmaterial, das von den österreichischen Behörden an CIC Salzburg übermittelt worden ist, eingehend durchzuarbeiten, und ihm aller erdenkliche Schutz gegenüber den österreichischen Behörden zugesagt“, heißt es in einem Bericht der oberösterreichischen Sicherheitsdirektion. Der CIC-Offizier Eckhart soll auch eine Wohnung und eine Scheinarbeitsbestätigung für Göth beschafft haben. Bei dieser Gelegenheit bestätigte er, „dass Göth für CIC sehr wichtig wäre“. Als letzterer dann am 27. Oktober 1947 in Plomberg (Bezirk Vöcklabruck) verhaftet wurde, „wies er sofort ein Schreiben des CIC Salzburg vor, demzufolge er seinen eigenen Angaben nach für österreichische Behörden unantastbar wäre. Er war auch sonst seiner Sache offenbar sehr sicher, wurde aber trotzdem in Haft behalten und dem Bezirksgericht Vöcklabruck eingeliefert.“ Die CIC-Zentralstelle in Linz verlangte eine Überstellung Göths an das CIC Salzburg, was seitens der oberösterreichischen Sicherheitsdirektion mit Verweis auf die Beweislage abgelehnt wurde. „Sofort“ fand daraufhin eine Sitzung mit „Mr. Robe“ vom CIC Oberösterreich statt: Dieser erklärte eingangs, „dass Göth von österreichischen Behörden deshalb nicht verhaftet werden könne, weil er ‚Arrestant‘ des CIC Salzburg sei und unter dessen ‚Stadtarrest‘<sup>78</sup> stehe.“ Dem wurde entgegen gehalten, „dass dieser Stadtarrest offenbar illusorisch wäre, da Göth sich ohne jede Einschränkung in der amerikanischen Zone Österreichs bewegen und seit längerer Zeit seine verbrecherische Tätigkeit ausüben konnte“. Schließlich wurde vereinbart, „unter Mitnahme des Göth“ zum CIC Salzburg zu fahren, um

die Freigabe für die österreichischen Behörden zu erwirken – was auch geschah. Göth wurde wieder in das Gefängnis Vöcklabruck überstellt. Allerdings blieb er Arrestant des CIC Salzburg und durfte nicht aus der amerikanischen Zone verbracht werden. Auch Einvernahmen wurden nur im Beisein eines CIC-Agenten gestattet, „der bestimmen könnte, welche Fragen an ihn gestellt werden dürfen und welche nicht“. In der Praxis erfolgten die Verhöre wegen der Unabkömlichkeit eines Beamten vom CIC Salzburg einmal im Beisein eines Agenten der Vöcklabrucker Stelle – und mit dessen Zustimmung daraufhin durch österreichische Organe allein.

Auch Johann Balzer hinderte der gegen ihn verhängte Stadtarrest des CIC Salzburg nicht, „sich längere Zeit in Oberösterreich aufzuhalten und hier eine ‚Wirtschaftsgruppe‘ der NS-Untergrundbewegung mit Schleichhandel – besonders mit Sacharin – und einer Dokumentfälscherzentrale zu errichten“.<sup>79</sup> Einem Informanten soll Balzer gesagt haben, „dass er zwar unter CIC-Stadtarrest stehe, sich aber nur sehr wenig in Salzburg aufhalte, viel herumkomme und sich des öfteren nach Deutschland begebe. Da Balzer dafür den Pendelzug Salzburg–Freilassing benützte, muss er einen gültigen Grenzübertrittschein besessen haben, der üblicherweise vom CIC Salzburg ausgestellt wurde und wird.“<sup>80</sup> Die Sicherheitsdirektion für Oberösterreich drückte ihr Missfallen über diese Vorgehensweise des US-Militärgeheimdiensts aus: „Bei allem Verständnis für die Angaben der Besatzungsmacht kann jedoch nach hä. Ansicht keinesfalls geduldet werden, dass unter dem Schutze der durch den sogenannten ‚Stadtarrest‘ gewährten absoluten Immunität überwiesene Kriminelle und politische Verbrecher ungehindert eine Untergrundbewegung zur Wiederaufrichtung des Nationalsozialismus und zur wirtschaftlichen Großsabotage durch Schleichhandel in Österreich aufziehen.“ Man stellte die „eindringlichste Bitte“ an das Innenministerium, „ehestens alle Schritte einzuleiten, um CIC Salzburg zu einer völligen Abkehr von dieser Art Politik zu veranlassen und – wenn irgend möglich – das Ausscheiden der Herren Eckhart und Koch des CIC Salzburg aus dieser einflussreichen Organisation zu erwirken.“<sup>81</sup> Einige Monate später wurde erneut beim Innenministerium protestiert: Es sei offenkundig, „dass die österr. Behörden in ihrer Amtshandlung gegen Führer und Mitglieder der NS-Untergrundbewegung von einigen Beamten des CIC-Salzburg – die Gründe mögen verschiedener Art sein – nicht nur keinerlei

Unterstützung erhalten, sondern auch an der Festnahme bzw. der Inhaftierung von Personen behindert werden, gegen die ausreichende Verdachtsgründe für den Tatbestand des § 3 VG [Verbotsgesetz] vorliegen. Zu diesem mehr als merkwürdigen Verhalten amerikanischer Funktionäre ist noch zu bemerken, dass die Institution des sogenannten Stadtarrestes einer Mitteilung des CIC O.Oe. [Oberösterreich] zufolge Ende 1947 auch von CIC Salzburg zur Gänze aufgehoben wurde.“<sup>82</sup>

In dem Informantenbericht über die bereits erwähnte Tagung im Hotel „Roter Krebs“ werden weitere Details zu den CIC-Kontakten der Rößner-Gruppe genannt, wenngleich sich hier Wahrheit und Fiktion vermischen dürfen. Demnach bestanden angeblich Verbindungen „zur CIC-Dienststelle Salzburg (Mr. Koch) durch Hans Balzer, zur CIC-Außendienststelle Salzburg in St. Gilgen Mr. Eckhard über Balzer, zu einer französischen Dienststelle, zur CIC-Dienststelle ‚EUROP‘ in Nürnberg, zur CIC-Dienststelle in München, zur CIC Dienststelle in München besteht die Verbindung über einen russischen Ing. der nachrichtenmäßig von Frankfurt a/Main aus angesetzt ist und sich in Salzburg befindet.“ Es wurde weiters berichtet, dass die Organisation eine Nachrichtenstelle in Wien eingerichtet habe, um den einzelnen Besatzungsmächten Informationen zuzuspielen – „je nach Lage und wie sie uns genehm sind.“<sup>83</sup> In einem „Anhang“ zu diesem Bericht ist die Rede davon, dass Balzer und Göth mit den US-Dienststellen ein „Doppelspiel“ betreiben würden, „indem sie den amerikanischen Dienststellen ab und zu einmal Nachrichten aus der russisch besetzten Zone und aus Jugoslawien zukommen lassen, um andererseits in Erfahrung zu bringen, ob und inwieweit etwas über eine Untergrundbewegung bei diesen Dienststellen bekannt sei und was dagegen veranlasst wird, bzw. welche Aktionen gegen belastete Nationalsozialisten und die Untergrundbewegung eingeleitet werden. Außerdem schöpfen sie hieraus wieder geeignetes Nachrichtenmaterial, das sie den Russen zur Verfügung stellen.“<sup>84</sup> Dazu passt auch die Angabe eines Beschuldigten, wonach Göth und Balzer dem CIC „ausschließlich antikommunistische Betätigung vorspielten, während sie tatsächlich auch eine neo-nazistische Tätigkeit entwickelten.“<sup>85</sup>

Ein weiteres Mal wurde die ambivalente Haltung des CIC offenkundig: Im Zuge weiterer Ermittlungen zu Hintermännern der NS-Untergrundbewegungen wollten Beamte der Polizeidirektion Salzburg am

27. Mai 1948 Iris Scheidler festnehmen. Sie war die Ehefrau von Artur Scheidler, eines Adjutanten Ernst Kaltenbrunners, des 1946 hingerichteten Chefs der Sicherheitspolizei und des SD sowie des RSHA. Diese widersetzte sich mit den Worten: „Ich bin Reichsdeutsche, ich lasse mich nicht verhaften, verständigen Sie sofort den Amerikaner, ich stehe unter Stadtarrest, ich gehe keinen Schritt aus dem Haus, ich lasse mich nicht entführen, mir ging es vor einem Jahr schon so.“ Scheidler brief sich auf einen Major Mellon, der ihr Freund und Verlobter sei. Eine Bescheinigung, dass sie unter Stadtarrest stehe, konnte sie aber nicht vorweisen. Wie der Bericht vermerkt, konnte Scheidler doch zur Bundespolizeidirektion Salzburg gebracht werden, wo man eine Verbindung mit Major Mellon herstellte – dieser erschien auch vor Ort und unterhielt sich fünf Minuten alleine mit Scheidler. Dann erklärte er, „dass die Scheidler unter Stadtarrest des CIC stehe und beim US-Hauptquartier eine wichtigere Sache hinsichtlich ihrer Person anhängig wäre. Er werde daher sofort mit der Scheidler zum US-Hauptquartier fahren. Er erklärte, dass die Scheidler im Auftrag seiner Dienststelle hiermit enthaftet wäre. Iris Scheidler fuhr daraufhin mit Mj. Mellon in einem silbergrauen PKW fort.“<sup>86</sup>

## STAY BEHIND?

Ein weiterer Grund für die Kooperation zwischen CIC und NS-Untergrundbewegungen könnte deren militärisches Potenzial gewesen sein, das bei einer Auseinandersetzung mit der Sowjetunion aktiviert hätte werden können. Zum damaligen Zeitpunkt setzte die alliierte Planung in großem Maßstab auf irreguläre Kräfte, um so Schwächen im konventionellen Bereich auszugleichen. Denn zwischen Herbst 1945 und 1951 rechnete sich der US-Generalstab nur geringe Chancen aus, Westeuropa verteidigen zu können. So war auch in den sogenannten Pilgrim-Plänen „Able, Baker, Charlie und Dog“ vorgesehen, falls die UdSSR über Österreich und Jugoslawien nach Norditalien vorstoßen würde, die britischen und französischen Truppen sich nach West-Italien oder Triest zurückziehen sollten, um einen Gegenangriff vorzubereiten. Bis es soweit war, würden Guerilla- und Partisaneneinheiten in den besetzten Gebieten mittels Sabotage und Angriffen aus dem Hinterhalt Verwirrung stiften. Diese Kräfte sollten zunächst hinter der Front zurückbleiben (Stay behind) und erst dann aktiv werden.<sup>87</sup> Zwecks praktischer Um-

setzung bereitete die CIA unter dem Codenamen „Easeful“ ab Dezember 1949 ein breit angelegtes Ausbildungsprogramm vor, wofür seitens der US-Armee Waffen, Logistik und Instrukteure zur Verfügung gestellt wurden.<sup>88</sup> Nach der NATO-Gründung 1949 entstanden in allen Mitgliedsstaaten sowie in den neutralen Ländern Finnland, Schweden und der Schweiz entsprechende Stay behind-Strukturen, die spätestens 1990/91 aufgelöst wurden. Während der konkrete Anlassfall, eine sowjetische Invasion, nie eintrat, wurden Stay behind-Einheiten in einigen NATO-Staaten wie der Türkei und Griechenland im Inneren aktiv, meist gegen linke oder kommunistische Oppositionelle. In Italien wird eine mögliche Involviering in den rechtsextremen Terrorismus der 1970er und 1980er Jahre diskutiert („Gladio“).<sup>89</sup>

Die Tatsache, dass in Österreich US-Waffenlager angelegt<sup>90</sup> wurden, wertet der Schweizer Historiker Daniele Ganser als Indiz für eine Involviering des neutralen Österreichs in das Stay behind-Netzwerk der NATO.<sup>91</sup> Oliver Rathkolb ist hingegen zum Schluss gekommen, dass die strategisch-logistischen Überlegungen im Zusammenhang mit „Easeful“ „zwar geheim, aber mit höchsten Repräsentanten der österreichischen Bundesregierung verhandelt wurden“ und es sich daher „nicht um ein Gladio-Unternehmen“ gehandelt habe.<sup>92</sup> Die insgesamt 79 Waffenlager waren zwischen 1949 und 1954 im Bereich der amerikanischen Besatzungszone, vereinzelt aber auch außerhalb in der nördlichen Steiermark angelegt worden.<sup>93</sup> 65 Depots wurden nach Information der Bundesregierung durch US-Botschafterin Swanee Hunt 1996 im Rahmen der „Aktion Wühlmaus“ geöffnet: Vorwiegend in Holzkisten verstaut, fanden sich rund 300 Pistolen, 50 Panzerabwehrrohre, 250 Karabiner, 270 Maschinengewehren, 65 Maschinengewehre, 20 Sonderwaffen, 2.700 Handgranaten, 230.000 Schuss Munition, 1.150 Panzerabwehrgranaten sowie 3.400 kg Sprengstoff. Im Bericht einer Regierungskommission zu den Waffenlagern wird hervorgehoben, dass in den meisten Lagern deutschsprachige Anleitungen zur Führung eines Guerillakrieges, Landescheinwerfer, „Welrod“-Schalldämpferpistolen und Jagdmesser sowie „reichlich“ Sprengstoff und Zubehör für Sabotageakte sichergestellt wurden: „Das lässt darauf schließen, dass die Lager – zumindest auch – für österreichische „Widerstandskämpfer“ angelegt worden waren. Zur Unterstützung eines Guerillakrieges mit eventueller Unterstützung aus der Luft (Nachschub von Waffen

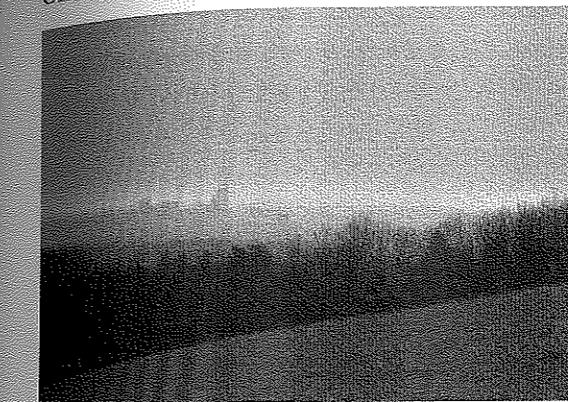
und Ausrüstung).“<sup>94</sup> Die genaue Funktion der Depots, aber auch eine mögliche österreichische Beteiligung, konnte die Kommission nicht bestimmen, da sich die von den USA zur Verfügung gestellten Dokumente auf Inhalt und Lage der Depots beschränkten – die beteiligten Historiker hielten in ihrem Beitrag zum Abschlussbericht nur fest, dass die Waffenlager „mit den konkreten amerikanischen Plänen eines Rückzugs aus Österreich im Falle einer direkten Konfrontation“ korrelierten.<sup>95</sup>



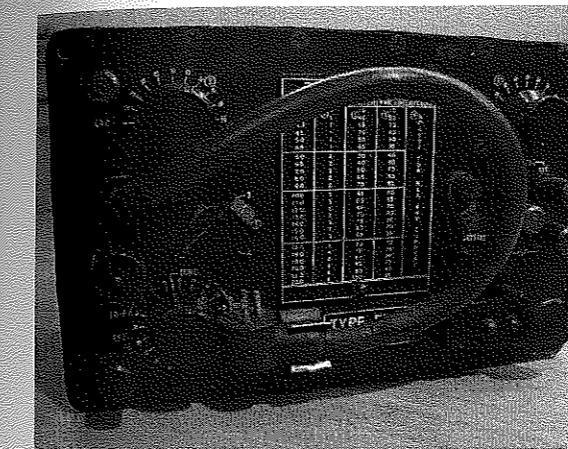
Öffnung des umfangreichsten Waffendepots in Weichselboden-Höll nahe Mariazell. Quelle: Pallasch. Zeitschrift für Militärgeschichte.

2006 erschien *My Father, the Spy: An Investigative Memoir*, ein Buch von John F. Richardson über seinen Vater John („Jocko“) Richardson, der zwischen 1948 und 1952 CIA-Stationschef in Wien war. Darin wird auch die praktische Umsetzung des Stay behind-Programms erwähnt: „Jocko and his team concentrated on developing a stay-behind program, recruiting Austrian radio operators and sealing transmitters in gasoline cans, burying them at selected spots just inside the Soviet lines through the Vienna woods. Nater [Jean Nater, Mitarbeiter der CIA-Station] and few others volunteered to stay behind and walk out after a Soviet invasion, and Jocko authorised the proper gear. Austrian mountain boots made to measure, rucksacks and Austrian clothing, dirndls for the women. [...] They also made plans to train and equip a core of resistance fighters, burying weapons in the forests. Ever so often a gardener or game warden uncovered a cache, but the Austrian government never got very excited.“<sup>96</sup> CIA-Dokumente zu dieser Operation „Iceberg“ wurden im Rahmen des War Crimes Disclosure Act freigegeben: Demnach wurden bis Ende 1948 14 SSTR-1-Funkgeräte sowie zwei per Kurbel betriebene Generatoren in Ostösterreich, vor allem im Wienerwald, vergraben. Vier weitere

SSTR-1 wurden zum selben Zweck an die Salzburger CIA-Station übergeben.<sup>97</sup>



Ungefährer Ort des Funkgeräteverstecks in einem Buschstreifen nahe der Wiener Himmelstraße. Quelle: Autor.



Eines der für die Stay-Behind-Operationen vorgesehenen Funkgeräte. Quelle: Autor.

Aus diesen geheimen Depots sollten Stay behind-Agenten ihre Ausrüstung beziehen, um im Kriegsfall mit den Alliierten Kontakt aufzunehmen und Informationen bezüglich militärischer, politischer und wirtschaftlicher Ziele durchzugeben. Was sie nicht tun sollten war, sich an Sabotage- oder Widerstandsakten zu beteiligen. 1953 zählten zur Operation „Iceberg“ insgesamt sechs österreichische Funker, die ihre Ausbildung großteils abgeschlossen hatten und instruiert waren. Wie aus einem CIA-Dokument hervorgeht, erwartete man von ihnen im Kriegsfall das Beschaffen/Durchgeben von Informationen bezüglich:

- Straßen- und Schienenbewegungen zwischen Wiener Neustadt-Graz sowie auf der Hauptroute über den Semmering
- Beobachtungen von Truppenstationierungen in Wiener Neustadt bzw. des dortigen Flugfelds
- Aufklärung von Bombenschäden in Wien und Wiener Neustadt (um so die Effektivität von Luftangriffen einzuschätzen)

- „Operational intelligence“ zur sowjetischen Besatzungsadministration (Dokumente, Reise- und Postkontrolle)
- Aktivitäten der KPÖ und der „Marionettenregierung“, die die Kommunisten nach Meinung der CIA installieren würden.

Die sechs Agenten für Operation Iceberg waren fast durchwegs Wehrmachtsveteranen und von daher mit der Handhabung eines Funkgeräts vertraut. Vom Alter her waren sie bunt gemischt, der älteste 46 und der jüngste 23 Jahre alt.<sup>98</sup> Aus einem Dokument von 1951 geht hervor, dass die CIA eine Kooperation mit dem österreichischen Innenministerium anstrebe – im Austausch für finanzielle und andere Hilfen. Die politische Situation hatte aber noch nicht den Punkt erreicht, an dem es „günstig“ war, österreichische Entscheidungsträger darauf anzusprechen. Vorbereitungstreffen hatten aber bereits stattgefunden.<sup>99</sup>

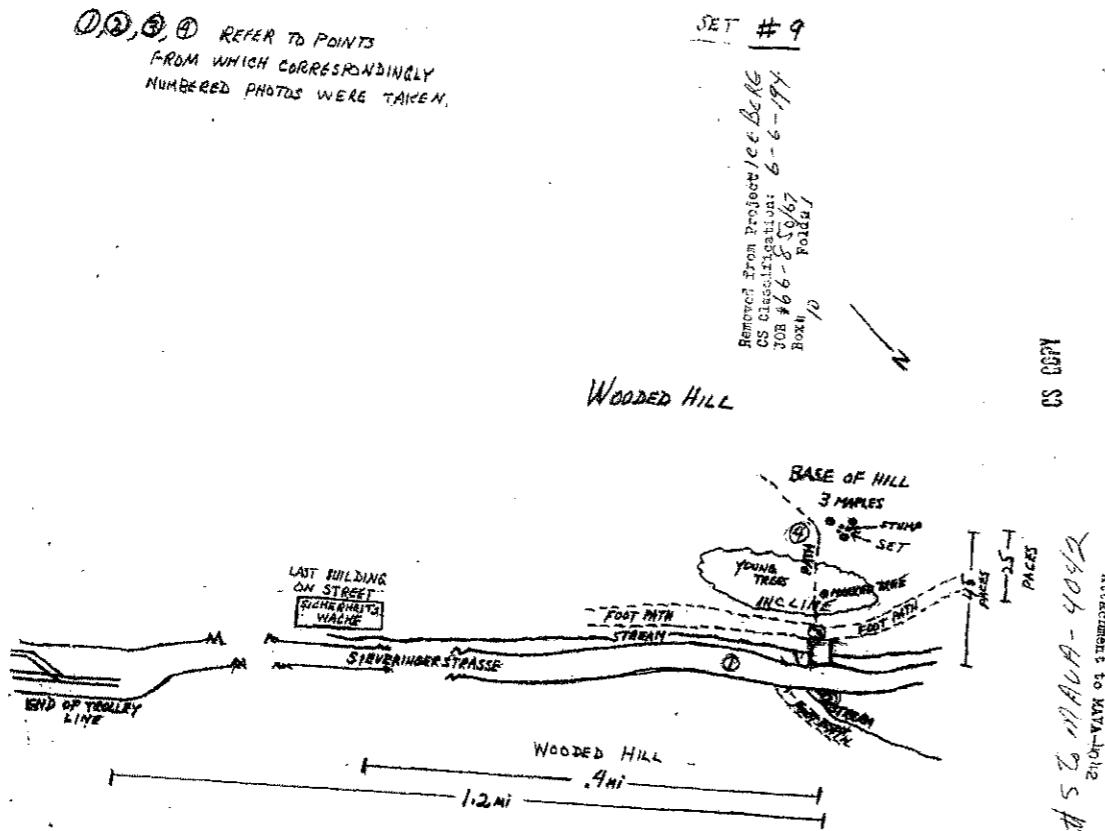
Sämtliche Stay behind-Operationen wurden unter der Bezeichnung GRCROOND zusammengefasst. Der Schwerpunkt lag innerhalb der westlichen Besatzungszone, im Salzburger und Tiroler Raum. Ziel war (1.), bereits bestehende und potentielle paramilitärische Kapazitäten weiter auszubauen. Damit waren in erster Linie Gewerkschafts-Einheiten gemeint, die auf Zentral- und Ost-Österreich verteilt waren. Hier kann es sich nur um den „Österreichischen Wander-, Sport- und Geselligkeitsverein“ handeln, den Franz Olah seit den frühen 1950er Jahren als paramilitärische Organisation aufbaute.<sup>100</sup> Im Fokus von GRCROOND befanden sich weiters (2.) „indigene“ Gruppen, in abgelegenen, schwer zugänglichen Landstrichen sowie (3.) Einzelpersonen, die über das gesamte Bundesgebiet verstreut waren. Für diese verschiedenen Kräfte sollten brauchbare Operationsbasen für den Kriegsfall gefunden werden. Weiters ging es darum, eine Flucht- und Evakuierungsroute von Ost- nach Westösterreich anzulegen, deren Zubringer bis an die ungarische bzw. tschechische Grenze reichen sollten. Die sollte dazu dienen, VIPs, aber auch abgeschossene Piloten, Agenten oder Überläufer in Sicherheit zu bringen. Ebenso sollten Kuriere entlang dieses Weges Nachrichten hinein- und hinausbringen.<sup>101</sup>

Aus einer Auflistung von 1957 geht hervor, wie viele geheime Waffen- und Ausrüstungslager bis dahin angelegt worden waren: 12 (1951), 14 (1952), 3 (1953) und 35 (1954). Die Depots wurden teils im alpinen Gelände – am Hochschwab, im Sengsengebirge, am Pötschen- und Phyrnpass – angelegt und darüber hinaus unter anderem in der Nähe von

Lambach, Ried im Innkreis, am Traun- und Attersee, Bad Hofgastein sowie südlich von Steyr. Ein Vergleich mit einer Auflistung jener Waffendepots, die 1996 vom Bundesheer geräumt wurden, zeigt zahlreiche Übereinstimmungen.<sup>102</sup> Das Stay behind-Programm

blieb auch nach Unterzeichnung des Staatsvertrags aktiv: 1955 wurden insgesamt 12 Sabotage- und 10 „air-reception“-Lager angelegt (die Ausrüstung in letzteren Depots dürfte dazu gedient haben, Landeplätze für Luftnachschub zu markieren).<sup>103</sup>

①②③④ REFER TO POINTS  
FROM WHICH CORRESPONDINGLY  
NUMBERED PHOTOS WERE TAKEN.



Lageskizze des Funkgeräteverstecks nahe der Sieveringer Straße in Wien. Quelle: [www.foia.cia.gov](http://www.foia.cia.gov).



Inhalt eines Funkgeräte-Depots, das in der Nähe des Traunsees gefunden wurde. Quelle: Autor.

Die österreichischen Agenten, die man anwarb, wurden entsprechend ausgebildet – und zwar durch „Experten“ auf dem Feld der Guerillakriegsführung: Seit 1953 war im bayerischen Bad Tölz die 10th Special Forces Group stationiert. Im Frühjahr 1962 sagte deren Befehlshaber zu, die Österreicher zu

trainieren. Für ausgewählte Teilnehmer gab es einwöchige Kurse – inklusive Waffen- und Sprengausbildung, Funken, Orientierung, Überlebenstraining im alpinen Gelände und in Empfangnahmen von Luft-Nachschub.<sup>104</sup> Allerdings hatte die CIA schon 1955 – kurz nachdem Österreich souverän geworden war – angeregt, ihr Engagement infolge der sich ändernden Situation zurückzufahren. Schwerbewaffnete Gruppen wurden nicht mehr länger als notwendig angesehen – wegen der „improbability“ (Unwahrscheinlichkeit) eines kommunistischen Putschs. Die vorhandenen Aktivposten sollten jedoch weitergeführt werden, weil „Soviet aggression“ immer noch möglich schien. Allerdings wollte man die Verantwortung für Sabotagemaßnahmen im Kriegsfall zunehmend an österreichische Kräfte abtreten.<sup>105</sup>

Obgleich die Netzwerke von Rößner und Soucek von 1947 sich chronologisch nicht als Teil von Operation Iceberg oder GRCROOND einordnen lassen, gibt es zahlreiche Indizien dafür, dass diese

ähnlich konzipiert waren.<sup>106</sup> Hinweise finden sich vor allem in den Angaben des freilich problematischen „Kronzeugen“ Josef Mair: Er war einer von fünf Teilnehmern an der Tagung im Hotel „Roter Krebs“ und zu diesem Zeitpunkt bereits Informant der Staatspolizei. Auf Basis seiner Informationen wurde schon zwei Tage später ein Bericht zusammengestellt. Besonderes Augenmerk wird darin auf die konkreten Vorbereitungen für den Ernstfall gelegt, insbesondere auf das Anlegen von Waffenlagern. So heißt es in dem Protokoll: „Es ist wichtig, so sagte Dr. Müller [Rößner], dass wir ehestens über genügend Waffen und Munition verfügen, diese in guten Zustand halten und wenn notwendig sofort zum Einsatz bringen können. Ich bin im Prinzip dagegen, Waffenlager anzulegen, sondern befürworte es dringend, dass jeder Mann unserer Bewegung die Waffe griffbereit in seiner nächsten Umgebung liegen hat. Wir wissen nicht, wie sich die Amerikaner im Falle einer Auseinandersetzung mit dem Osten uns gegenüber verhalten. Im Augenblick ist es wohl so, dass nicht wir der Staatsfeind Nr. 1 sind, sondern die Kommunisten, und wir an zweiter Stelle zurückversetzt wurden. Im Falle eines Einsatzes von unserer Seite aus, müssen wir damit rechnen, dass eine Versorgung mit Munition nicht gewährleistet ist und die Bestände raschest aufgebraucht sein werden. Wir werden uns in diesem Falle mit Beutewaffen abfinden müssen, das heißt, sie dem Amerikaner, dem Russen, Franzosen oder Engländer abnehmen. Ich denke hierbei, so sagte Dr. Müller [Rößner], nur an einen Partisaneneinsatz, denn für andere als die eigenen Interessen werden wir nie zu gewinnen sein.“<sup>107</sup> Rößner habe weiter ausgeführt, „dass auch in Österreich mit einem kommunistischen Staatsstreich zu rechnen sei und zwar in dem Augenblick in dem die Russen in Wien den Schutz des ersten Bezirkes übernehmen, da sie in diesem Falle auch die alliierte Militärpolizei befehligen und die österreichische Regierung sämtlichen Schutzes beraubt ist“. Als daraufhin die angeblichen Waffenlager angesprochen wurden, regte man eine Verlagerung von in einer Sandbank der Salzach versteckter Munition an. Diese stehe zweimal jährlich unter Wasser und werde dadurch unbrauchbar. Weitere Waffen befanden sich im Gebiet des Schlenken im Salzburger Tennengau, wo diese von der SS bei Kriegsende „übersprengt“ wurden.<sup>108</sup>

Mair will von Amon Göth weitere beunruhigende Details über die Schlagkraft der NS-Untergrundbewegungen erfahren haben: „Göth erklärte mir, dass ich

meines Eides als Soldat und Offizier nicht entbunden wäre und erzählte mir ferner dass es, ob früher oder später zu einer Auseinandersetzung zwischen Ost und West kommen würde und dies der Auftakt zu einer aktiven Arbeit unsererseits bedeuten würde. Er stellte sich damals ein aktives Arbeiten in Form einer Banden- und Partisanentätigkeit vor. Er betonte hierbei auch, dass er nur Wert darauf lege, ehem. Waffen SS-Leute und ehem. Wehrmachtsoffiziere in diese Bewegung hineinnehmen möchte [sic]. Ferner bestätigte er, dass noch genügend Waffen und Munition in den letzten Kriegstagen sicher gestellt wurden, mit denen man im Ernstfalle alle diese Leute ausrüsten könnte. Weiters erzählte er, dass eine Menge Skorzeny-Leute<sup>109</sup> bereits dieser Bewegung angehörten.“<sup>110</sup> Göth, so der Informant, habe auch über eine Beseitigung von Personen, „die der Bewegung hindernd im Wege stehen“, gesprochen. Die Widerstandsbewegung sei bereits „über ganz Österreich und auch darüber hinaus“ verzweigt: „Nachrichtenmäßig soll die Bewegung auch über ein Luftwaffensendegerät, welches bei einem Bauern im Heu vergraben sein soll, verfügen.“ Mair sah sich aufgrund von Göths Angaben und der Frage, ob er gewillt sei, mitzuarbeiten, „veranlasst, bei der zuständigen Sicherheitsbehörde [...] von dem Bestehen dieser Bewegung Meldung und Anzeige zu erstatten“. Von einer weiteren Auskunftsperson will Mair gehört haben, dass Bauern erfasst wurden, die gewillt seien, Unterschlupf zu gewähren. Intern sollte jedes Mitglied genau Bescheid wissen, „wo im Ernstfalle der Treffpunkt sei und wo jeder Mann seine Waffen bekommt“. Der Einsatz sei so geplant, dass man tagsüber den „biederen Zivilisten“ spiele und nachts „mit der Pistole oder M.Pi. [Maschinenpistole] und Karabiner“ arbeite: „Als Gruppenführer sollen auf dem Lande hauptsächlich Leute mit Ansehen wie Tierarzt, Apotheker usw. fungieren, weil diese Leute bei der Bevölkerung ein gewisses Vertrauen haben und im Ernstfalle die Bevölkerung sagen wird, wenn der Herr Doktor da mitarbeitet wird es schon das richtige sein.“<sup>111</sup>

Rößner leugnete in den Vernehmungen nicht, dass es solche Planungen gegeben hatte: „Es wurde uns von verschiedenen Waffen- und MunitionsLAGERN erzählt. Eine genaue Kenntnis des Lagerorts war in keinem Falle vorhanden. Da wurde nur in allgemeinen Ortsbegriffen gesprochen. Von diesen Waffen war die Rede in Zusammenhang mit einer voraus-zuhenden kriegerischen Verwicklung zwischen

Russland und Amerika, die ich als wahrscheinlich halte.“ Auch was die genannten Waffenlager anging, winkte Rößner keineswegs ab: Man habe wohl über eine Bergung der im Tennengebirge verschütteten Waffen nachgedacht, aber den Plan mangels technischer Hilfsmittel aufgegeben. Bezuglich angeblicher Depots der SS-Jagdverbände in Niederösterreich hätte es an genauen Ortsangaben gemangelt.<sup>112</sup> Laut Rößner war im Endeffekt viel geredet, aber wenig konkret auf die Beine gestellt worden: „Es war bei den Zusammenkünften mit den einzelnen Männern häufig die Rede davon, dass es wünschenswert wäre, nachrichtenmäßig auf dem Laufenden zu sein. Es war davon die Rede, dass eine Möglichkeit die wäre, sich in den Nachrichtendienst der Besatzungsmächte einzuschalten. Es war dabei klar, dass ein solches Unternehmen personell ziemlich hohe Anforderungen stellen würde und nur Sinn haben könnte, wenn fachliche entsprechend geschulte Kräfte zur Verfügung stünden. Eine besondere Note bekamen diese Überlegungen durch die Verbindung Balzers mit dem CIC, da die Amerikaner Interesse zu verschiedenen Dingen, wie Vorgänge in Jugoslawien, zeigten. Alle derartigen Überlegungen scheiterten aber letztlich an der Personenfrage, da entsprechend geschulte Leute nicht vorhanden waren. [...] Es kam also zu keinerlei Konkretisierung dieser Absichten und auch alles was später in Salzburg darüber gesprochen wurde, waren Reden und Wünsche, aber keinerlei Taten.“<sup>113</sup> Letztlich dürfte auch ungeachtet aller Verstrickungen keine Zusammenarbeit nach dem Stay behind-Konzept mit den US-Dienststellen zustande gekommen sein, weil diese die Motive der NS-Untergrundbewegungen korrekt einschätzten; so heißt es in einem Bericht der US-Armee in Österreich von Anfang 1948: „The leaders of these groups are essentially adventurers and opportunists who can be reliably counted upon only to throw in their lot on the side with the best immediate prospects.“<sup>114</sup>

#### „GEISTIGE OBERLEITUNG“ ÜBER DIE NS-UNTERGRUNDBEWEGUNGEN: JOSEF ADOLF URBAN

Am 1. September 1948 wurde der ehemalige SS-Obersturmbannführer und SD-Abschnittsleiter Josef Adolf Urban in einem Linzer Kaffeehaus verhaftet. Für den aus dem böhmischen Zatec stammenden Urban wird wahlweise das Geburtsjahr 1897 oder 1901 angegeben. Wie aus einem undatierten Bericht

des BND, der als Teil von Urbans Akte im Rahmen des War Crimes Disclosure Act freigegeben wurde, hervorgeht, kam dieser ca. 1936 zum ersten Mal mit Kreisen des deutschen Nachrichtendiensts in Berührung und wurde bei den Olympischen Spielen in Berlin angeworben: „Von diesem Zeitpunkt an ist Urban, nach eigenen Angaben, ununterbrochen im ND-Geschäft tätig gewesen. Eine besondere Ausbildung erhielt er nicht.“ 1938 trat Urban der SS bei, war wenig später beim SD, Hauptabteilung III, sowie ab 1939 im RSHA, Amt VI/E (Auslandsnachrichtendienst, Mittel- einschließlich Südosteuropa) tätig. Dort bekleidete er die Funktion des „Hauptbeauftragten für Ungarn“ und wurde zuletzt 1944 zum SS-Obersturmbannführer befördert.<sup>115</sup> Nach 1945 wurde Urban – so die Autoren Peter Müller und Michael Mueller – zu einem „vagabundierenden Geheimdienstsoldner“.<sup>116</sup> Der Bericht des BND listet folgende Stationen von Urbans weiterer Karriere auf: „1946/47 stand Urban mit dem US-Dienst (CIC Braunaub und Linz) in Verbindung. 1948/49 arbeitete er gleichzeitig für die österreichische Staatspolizei, von 1948 bis Ende 1950/April 1951 für den britischen ND [Nachrichtendienst] in Österreich. Von Sommer 1951 an stand Urban mit der Organisation Gehlen in Verbindung [...]. Am 31.05.56 wurde er stillgelegt und am 15.05.58 endgültig vom BND abgeschaltet. [...] Unter dem Decknamen ‚ARTHUR‘ lieferte Urban in den Jahren 1967/68 Informationen über Südtirol an den italienischen Dienst, die er von bestechlichen Beamten der österreichischen Staatspolizei erworben hatte. [...] Die Tätigkeit der ‚Nachrichtenwerkstatt‘ Urban endete erst im Frühjahr 1972, als dessen geistige und körperliche Kräfte immer mehr nachließen. Er starb am 15.02.73 in München.“<sup>117</sup>

Wie die deutsche Journalistin Gaby Weber betont, hatte Urban seine „meist frei erfundenen Geschichten“ zuerst gegen Straffreiheit und dann gegen Geld verkauft: „Mal wollte Urban dem BND geheime Dokumente aus Ungarn besorgen, ein anderes Mal spiegelte er enge Verbindungen ins Zentralkomitee der österreichischen kommunistischen Partei vor und versprach an Interna heranzukommen. Es erwies sich alles als Bluff, aber Urban beschäftigte die CIA und die europäischen Dienste jahrelang.“<sup>118</sup> Urban war aber nicht nur Nachrichtenhändler, er blieb auch nach Kriegsende seiner nationalsozialistischen Gesinnung treu und war in zahlreiche rechtsextreme Netzwerke eingebunden – so auch in die „Rößner-Soucek-Verschwörung“. Urban soll unter dem Decknamen „Uhu“

eine Art „geistiger Oberleitung“ über „die österr. NS-Untergrundbewegung und zumindest auch über süddeutsche NS-Untergrundbewegungen“ innegehabt haben: „Er hielt mit Soucek in Graz Besprechungen ab, erteilte bei seinen häufigen Aufenthalten in Linz den Führern der o.ö. [oberösterreichischen] NS-Untergrundbewegung Ratschläge und Weisungen, versprach ihnen im Mai/Juni 1947 20.000 – S. für die Befreiung des damals im Landesgerichtlichen Gefangenhaus Linz-Nord in Urfahr in Haft befindlichen ehemaligen SS-Obersturmbannführers Viktor Nageler alias Trenk, beschaffte für einige [...] Mitglieder und U-Boote der NS-Untergrundbewegung [...] falsche Identitätsausweise und forderte die Mitglieder der o.ö. NS-Untergrundbewegung immer wieder auf, weiterhin aktiv in der illegalen NS-Bewegung zu arbeiten und ihre ganze Kraft dafür einzusetzen.“<sup>119</sup>

Laut eigener Aussage war Urban 1946 nach Linz gekommen, um mit der US-Besatzungsmacht in Verbindung zu treten: „Ich tat dies deshalb, weil ich der Meinung bin, dass die amerikanische Politik in Europa die entscheidende ist.“ Urban gelang es, in Braunau am Inn mit dem CIC in Verbindung zu treten: „Die genannte Dienststelle hat nun von mir vorerst nachrichtendienstliche Tätigkeit verlangt, um sich über meine Verwendbarkeit ein Bild machen zu können.“ Von Linz aus bildete Urban daraufhin einen „Stab von Nachrichtenleuten“ als Ausgangspunkt für seine „Nachrichtendiensttätigkeit“ – einige davon stammten aus dem Umfeld seines Kriegskameraden Viktor Nageler („Trenk“). Dieser hatte Urban unter anderem in sein Vorhaben eingeweiht, einen Kreis von jungen Männern um sich zu sammeln: „Er tue dies deshalb, weil nach seiner Ansicht nach der Krieg zwischen Amerika und Russland unausbleiblich sei und es daher nötig wäre, die jungen Männer davon zu überzeugen, dass die gerade in einer solchen Zeit in der Heimat nötig seien und sich nicht verlaufen dürfen. Sie hätten die Aufgabe, sich zusammenzuschließen und als Partisanen zu kämpfen. Nageler meinte dazu, dass man auch die Alliierten, er meinte darunter die westlichen überzeugen müsse, dass sie für diesen Zweck auch Waffen und sonstige Unterstützung gewähren müssten.“<sup>120</sup>

Zwei Tage nach Urbans Verhaftung in Linz, am 3. September 1948, erschien überraschender Weise ein Abgesandter des CIC Oberösterreich, um ihn abzuholen: „Eine sofortige Rückfrage beim Chef von CIC O.Oe. [Oberösterreich] Mr. Lucid, ergab, dass eine Weisung des CIC-Hauptquartiers in Wien

vorlag. Doch wurde mitgeteilt, dass diese Überstellung in eine Sonder-Einzelzelle des landesgerichtlichen Gefangenenhauses in Linz (als CIC-Häftling) nur zu Vernehmungszwecken für wenige und zwar etwa 2 bis 3 Tage vorgesehen sei und dass Urban nach dieser Zeit mit Sicherheit den österr. Behörden rücküberstellt würde.“ Wie die Sicherheitsdirektion Oberösterreich am 15. September 1948 nach Wien meldete, war Urban „trotz mehrfacher ho. Anfragen“ bisher immer noch nicht zurückgestellt „und es mussten heute alle übrigen, bei ihm sichergestellten Beweismittel (falscher Id.-Ausweis, Adresszettel und Briefschaften usw., die Valuten – 500 sFr, 240.- US-Dollars und 40 engl. Pfund) an CIC, und zwar, wie angegeben wurde, leihweise zu Vernehmungszwecken übergeben werden“. Das Vorgehen des CIC habe auf die Moral der mit den Ermittlungen betrauten Beamten geschlagen: Man könne hören, „dass es unter diesen Umständen überhaupt keinen Zweck mehr habe, gegen Österreich gerichtete Umsturzbestrebungen zu bekämpfen“.<sup>121</sup> Laut der deutschen Journalistin Bettina Stangneth gab es aber ohnedies kein Interesse an einem „Urbanprozess“, weil darin dessen Informantentätigkeit für die Staatspolizei zur Sprache gekommen wäre.<sup>122</sup>



In Braunau war das CIC im Geburtshaus Adolf Hitlers einquartiert.  
Quelle: Anton Kurt/Wikimedia Commons.

Von diesen Verwicklungen wusste der spätere Kriminaloberst Leo Maier, der an der Verhaftung von Urban persönlich beteiligt gewesen war, nichts. In seinen Erinnerungen wird aber die Irritation über den seltsamen Fall deutlich: „Er ist nur zwei Tage in Haft bei uns, dann kommen die Amerikaner vom CIC und holen ihn ab. Er geht wieder frei. Ein hoher CIC-Beamter erklärt dem Sicherheitsdirektor, dass Urban ein perfektes Agentennetz bis weit in die Sowjetunion befehligt und deshalb für die Amis eine wichtige Person sei.“ Urban hatte, so Maier,

eine „Art Müllabfuhr“ organisiert – seine Helfer, darunter zahlreiche ehemalige Mitarbeiter des RSHA, sammelten Papierabfall aus den Mistkübeln von sowjetischen Kasernen und Dienststellen. „In einer Wohnung in Linz wurde dieses Papier dann geprüft und ausgewertet. Wenn also zum Beispiel irgendeine Maruschka ihrem Mann einen Feldpostbrief schrieb und darin erwähnte, dass sie in einer neu erbauten Traktorenfabrik irgendwo in Wischinorschowgrad arbeiten müsse, bekamen die Amis einen Geheimbericht. „Unser Mann in Wischinorschowgrad“ berichtete dann über eine neu erbaute Fabrik zur Panzerherstellung. Die Amis bezahlten dem Urban für dieses gar nicht existierende Geheimdienstnetz horrende Beträge in Dollar. Meine Erkenntnisse berichtete ich dem Sicherheitsdirektor. Er lächelte milde. „Wir sagen den Amis nichts davon“, entschied er.“<sup>123</sup> Auch in dem bereits erwähnten Bericht der Sicherheitsdirektion von 1948 findet sich eine schonungslose Analyse von Urbans Nachrichtendienstarbeit. So habe man kurz nach der Festnahme einen bei ihm sichergestellten Plan der „Nordwerft Nikolajew“ in Russland sowie ein mehrseitiges Schriftstück in ungarischer Sprache dem CIC übergeben: „Die Legende zu dem Plan der Nordwerft Nikolajew ist nach ho. Auffassung typisch für die Arbeitsweise von Leuten wie Urban. Sie ist eine Beschreibung des Plans nach dem Stand zum Zeitpunkt der Räumung dieses Gebietes durch die deutsche Wehrmacht. Dabei werden aller Wahrscheinlichkeit nach der Phantasie entsprungene Wiederaufbauarbeiten angeführt und so hingestellt, als ob sie erst kürzlich durch einen Informator festgestellt worden wären.“<sup>124</sup>

Im September 1948 wurde Urban laut dem erwähnten BND-Dokument im Zusammenhang mit den NS-Untergrundbewegungen nochmals verhaftet. „Er gab sein Wissen über diese Organisation Preis und ermöglichte so die Verhaftung vieler seiner alten Kameraden. Er kooperierte mit der österreichischen Exekutive und wurde im Dezember 1948 aus der Haft entlassen, die im Wesentlichen nur darin bestanden hatte, dass er im Gefängnis schlafen musste. Tagsüber ging er in Begleitung eines Polizeibeamten seinen ND-Geschäften nach“, heißt es dazu in dem Dokument. Im Einverständnis mit den US-Stellen lieferte Urban der Staatspolizei Informationen über die KPÖ und die sowjetisch verwalteten USIA-Betriebe<sup>125</sup> – dafür endete im April 1950 die Zusammenarbeit mit den US-Diensten. Diese hatten Urban endgültig als „notorious peddler and swindler“ durchschaut.<sup>126</sup>

Trotz dieses Rückschlags setzte Urban seine Geheimdienstarbeit noch länger fort. Er verfügte über gute Beziehungen zu ungarischen Emigranten. Auch aus der Tschechoslowakei und Jugoslawien wurden so Informationen über Mittelsmänner in Österreich beschafft. Wichtigster Kanal aber war nach wie vor die „Müllaktion“<sup>127</sup>: „Die Menge des anfallenden Materials erlaubte es Urban, nicht nur bei den Deutschen Geld herauszuschlagen. Gegen entsprechende Bezahlung belieferte er den sogenannten Anders-Nachrichtendienst der Exil-Polen mit Stützen in London und den britischen Dienst.“ Der Abzug der Roten Armee aus Österreich 1955 bedeutete das Ende der „Müllaktion“ – folglich wurde Urban auch vom BND offiziell „abgeschaltet“.<sup>128</sup> In einem Bericht des bayerischen Landeskriminalamts vom 16. März 1961, der sich in der spärlichen Akte Urbans im Staatsarchiv/Archiv der Republik befindet, heißt es dazu: „Aus vertraulich zu behandelnden Unterlagen des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz München konnte [...] entnommen werden, dass der Beschuldigte nach dem Kriege in der sowjetisch besetzten Zone Österreichs damals versuchte, einen Nachrichtendienst aufzuziehen. Er wurde deshalb im Februar 1954 durch die österreichische Staatspolizei in Wien verhaftet, angeblich um Differenzen mit den Sowjetbehörden aus dem Wege zu gehen. Er soll damals Papiere aus Abfallstätten sowjetischer Behörden und Truppenunterkünften gesammelt, gereinigt und an westliche Nachrichtendienste verkauft haben. Die österreichischen Behörden sollen damals beabsichtigt haben, Urban als unerwünschte Person nach Deutschland abzuschieben.“<sup>129</sup>

## POLITISCHE QUERVERBINDUNGEN

In *Mein Richter, mein Henker* streicht Soucek mehrmals einen wichtigen Helfer seiner Fluchthilfeorganisation hervor: Den „hochausgezeichneten Hauptmann Otto Rösch“, der über die „Heimkehrerhilfe“ in Graz „immer rasch“ Personaldokumente zur Hand hatte.<sup>130</sup> Rösch (1917-1995) war zwischen 1945 und 1947 Leiter des Heimkehrerreferats der SPÖ in der Steiermark und in der britischen Zensurstelle beschäftigt. Zusätzlich fungierte er als Referatsleiter der überparteilichen, jedoch ÖVP-dominierten Heimkehrer-Hilfs- und Betreuungsstelle (HBB) unter Ernst Strachwitz. Rösch, der bereits 1935/36 Mitglied der HJ, seit 1936 Mitglied des illegalen NS-Studentenbundes und ab 1937 ein führender

HJ-Funktionär in Graz gewesen war, wurde am 8. Dezember 1947 verhaftet.<sup>131</sup> Auch HBB-Leiter Strachwitz wurde zu Silvester verhaftet und ein halbes Jahr später wieder entlassen. Rösch gab zu Protokoll, er habe Soucek erklärt, „er werde Partisan, wenn die Russen bei uns eindrängen“. Er leugnete, einen Koffer in Verwahrung gehabt zu haben, der Stempel zum Ausstellen von Ausweispapieren enthalten habe.<sup>132</sup> Die Staatspolizei Graz hielt fest: „Otto Rösch, ehemaliger Beamter der Zivilzensur in der britischen Zone Steiermark, [...] hat wiederholt an geheimen Besprechungen teilgenommen und auch seine Wohnung zu einer solchen Besprechung zur Verfügung gestellt. Er war als ‚militärischer Berater‘ der Gruppe vorgesehen und sollte zu Parteien, Ämtern und einzelnen Vertrauenspersonen, die zur Mitarbeit im Nachrichtendienste geeignet schienen, Verbindungen aufnehmen. Aus schriftlichen Aufzeichnungen, die in seiner Wohnung vorgefunden wurden, geht hervor, dass der Genannte seine Stellung als Beamter der Zivilzensur missbraucht hat.“<sup>133</sup>

Während der Haft, behauptete Soucek, habe Rösch betont, „wenn er nicht freigesprochen würde, werde er mit Tatsachen aufwarten, die das ganze Land Österreich mit dem Skandal unseres Prozesses aufhorchen lassen würde. Er werde nicht ruhen, bis wir uns nicht alle wieder in Freiheit befänden.“<sup>134</sup> Am 3. Juni 1949 wurde Rösch tatsächlich freigelassen – nicht wegen erwiesener Unschuld, sondern aus Mangel an Beweisen. 25 Jahre später, im Zuge der Kontroverse zwischen Simon Wiesenthal und Bruno Kreisky, wurde wieder auf diese Ereignisse Bezug genommen. Denn Rösch war mittlerweile 1970 in die Bundesregierung geholt worden – zunächst als Innenminister (1970-1977) und später als Verteidigungsminister (1977-1983). Wiesenthal, der die Berufung von ehemaligen Nationalsozialisten wie Rösch in das Kabinett Kreiskys stets kritisiert hatte, erklärte: „Die Ausweise für die Flucht von Kriegsverbrechern, die sich in Röschs Koffer befanden, waren gar nicht gefälscht. Die kamen direkt aus dem Innenministerium.“ Rösch selbst gab an, dass er im Auftrag von Innenminister Oskar Helmer zur Gruppe Soucek gegangen war. Belege für diese Rechtfertigung sind nicht bekannt.<sup>135</sup> Kreisky konnte wenig zur Aufklärung beitragen, stellte sich aber hinter Rösch: „Als ich aus der schwedischen Emigration nach Österreich zurückkam, war ich entsetzt, dass Leute wie Rösch in der Partei herumsaßen. Ich konnte das einfach nicht verstehen. Da überzeugte

mich der damalige steirische Landessekretär [Ernst] Tauer – es war in der Wohnung seiner Schwester in der Dominikanerbastei, ich erinnere mich genau – in einer die ganze Nacht dauernden Aussprache davon, dass Rösch in Ordnung war. Er war da mit Wissen und im Auftrage der Partei hingegangen. Natürlich war das eine Räubersidee. Ob sie der Tauer oder der Rösch selbst ausgedacht hat, weiß ich nicht.“ Für die These, dass Rösch zumindest im Einvernehmen mit der steirischen SPÖ handelte, spreche jedenfalls sein „unmittelbar folgender Senkrech-Start als Karriere-Politiker“, schloss das Nachrichtenmagazin *profil*.<sup>136</sup> Laut Harald Irnberger gab es zahlreiche Indizien dafür, dass neben Helmer auch der damalige SPÖ-Vorsitzende Adolf Schärf und Bundeskanzler Leopold Figl über die NS-Untergrundbewegungen informiert waren.<sup>137</sup>

Im Akt zur „Aktion Sacher“ findet sich ein Dokument, das zeigt, wie „Ehemalige“ Kontakte in die SPÖ für ihre Zwecke nutzen wollten. Demnach wurde 1946/47 bekannt, dass im Rahmen der SPÖ-Bezirksleitung Wien-Hernals unter Leitung des damaligen Nationalratsabgeordneten Franz Olah Vortragsabende und Diskussionen mit ehemaligen Nationalsozialisten stattfanden. Für die Staatspolizei ergaben sich Verdachtsmomente, dass verschiedene frühere HJ- und BDM-Angehörige diese Zusammenkünfte „als legale Plattform für andere Zielsetzungen auszunützen trachteten“: „Am 25.9.1946 wurde bekannt, dass unter einigen Besuchern des sogenannten ‚Olah-Kreises‘ über das Programm einer neuen, der NSDAP ähnlichen Bewegung in Österreich diskutiert wurde. Im Wesentlichen tauchte die Entwicklung folgender Punkte auf: 1.) Die Idee eines großdeutschen Reiches könne nicht mehr in der alten Form aufrechterhalten werden. 2.) Der Antisemitismus in der alten Form, d. h. mit seinen Exzessen müsse als Programmfpunkt eine Veränderung erfahren. Österreichische Juden würden in Hinkunft die gleichen Pflichten und Rechte wie die Arier haben. Der Kampf müsse sich hauptsächlich gegen die Zugewanderten, ausländischen Juden richten. 3.) In organisatorische Hinsicht müsse die Bewegung durch soldatische Disziplin, jedoch ohne Herausstellung des sturen, preußischen Militarismus zur Geltung kommen. 4.) Für die bewährten Nationalsozialisten bliebe im Wesentlichen alles beim Alten, es ergebe sich jedoch die Notwendigkeit nach außen hin eine Art reformierten Nationalsozialismus zu propagieren. 5.) Sämtliche aktive Gruppen wären zu veranlas-

sen, keine terroristischen Handlungen zu begehen, sondern sich in die derzeit bestehenden Parteien, insbesondere in die S.P.Ö und Ö.V.P einzubauen. 6.) Ein sogenannter ‚Siebener-Ausschuss‘ hätte die Funktion zu übernehmen, die politische Linie und Tätigkeit der neuen Bewegung auszuarbeiten und anzuleiten.“

Diese Bestrebungen wurden seitens der Staatspolizei „sorgfältig verfolgt“: „Es entstand sogar ein bestimmter Kontakt zwischen behördlichen Organen und einzelnen Angehörigen der verschiedenen Kreise, wobei hauptsächlich darauf Gewicht gelegt wurde, mit Hilfe gewonnener Vertrauenspersonen alle Versuche in Wien eine illegale Organisation aufzubauen, schon im Keime zu ersticken. Einen wesentlichen Anteil an der Tatsache, dass es in Wien zu keiner Bildung einer ausgedehnten Untergrundorganisation gekommen ist, haben in erster Linie die verschiedenen politischen Parteien bzw. ihre Organisationen die den gewiss dankenswerten Versuch unternommen haben, die jugendlichen Aktivisten, zu denen nun die ehemaligen HJ-Führer und BDM-Führerinnen einmal zählen, zumindestens für eine neutrale und unvoreingenommene Haltung zu gewinnen.“ Als bald verstärkten sich Auflösungstendenzen – die Teilnehmer verließen sich im Frühsommer 1947 „nach allen Richtungen“. Die Berichte über die Verhaftungen der „Aktion Sacher“, „dürften ein übriges dazu beigetragen haben, jede Lust für weitere Versuche illegaler Betätigungen zu nehmen“.<sup>138</sup>

Die undurchsichtige Rolle Röschs und die Verbindungen der NS-Untergrundbewegungen zu politischen Parteien verdeutlichen die Unzulänglichkeiten und die Ambivalenz des Entnazifizierungsprozesses in Österreich: Ursprünglich hatte bei Kriegsende 1945 bei allen maßgebenden Kräften Übereinstimmung geherrscht, im „antifaschistischen Geist“ eine Abrechnung mit dem Nationalsozialismus vorzunehmen. Bereits am 8. Mai 1945 wurden die NSDAP und ihre Gliederungen verboten. In diesem Verbotsgeetz und dem am 26. Juni 1945 erlassenen Kriegsverbrechergesetz wurden die Bestrafung der „Illegalen“ (NSDAP-Mitglieder vor 1938) und „schwer Belasteter“, die Registrierung der ehemaligen Nationalsozialisten sowie die Schaffung von Volksgerichten zur Aburteilung der NS-Verbrecher normiert. Ein Wirtschaftssäuberungsgesetz kam am 12. September 1945 hinzu. Weiters wurde am 6. Februar 1947 auf Druck der Alliierten eine verschärfende Novelle des Verbotsgezes beschlossen: Dieses Nationalsozialistengesetz sah

neben der Registrierung der ehemaligen NSDAP-Parteimitglieder unter anderem deren Entfernung aus dem Staatsapparat und der Wirtschaft sowie Berufsverbote, Sühnemaßnahmen und die Aberkennung des aktiven und passiven Wahlrechts vor.<sup>139</sup>

Die auf Basis dieser Gesetze und nachfolgender Verordnungen vorangetriebene Entnazifizierung kam allerdings bald ins Stocken. Eine erste wichtige Zäsur hatte bereits das Ergebnis der Nationalratswahlen vom November 1945 gebracht. Es schien die Haltung der ÖVP zu bestätigen, die für eine schnelle Reintegration der Registrierungspflichtigen eingetreten war.<sup>140</sup> Innerhalb der SPÖ verloren daraufhin die Vertreter der Parteilinken, die für strenge Maßnahmen eingetreten waren, an Boden, woraufhin man ebenfalls für eine rasche Rehabilitierung eintrat. Fraglich war, wie der beträchtliche gesamtgesellschaftliche Anteil der „Ehemaligen“ – 700.000 NSDAP-Mitglieder sowie Hunderttausende SS- und SA-Angehörige (mit deren Familien weit mehr als ein Viertel der Bevölkerung) – dauerhaft von Politik und Wirtschaft ausgeschlossen werden konnte.<sup>141</sup> Von allem Anfang an, so Wilhelm Svoboda, habe daher die „Normalisierung der gesellschaftlichen und ökonomischen Situation im Nachkriegsösterreich“ Vorrang gehabt – die Verhaftung und Internierung von rund 10.000 Personen im Jahr 1945, von denen ein Teil wieder freigelassen wurde, sei nur eine „kosmetische“ Maßnahme gewesen, die eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Hunderttausenden „Ehemaligen“ verhinderte.<sup>142</sup>

Weiters begann sich ab 1947/48 im Zuge des Kalten Krieges das gesellschaftliche Klima in Österreich zu wandeln: der Antifaschismus wurde vom Antikommunismus abgelöst. Letzterer stelle bis heute eine „verdrängte Komponente der österreichischen Identität“ dar, so Oliver Rathkolb: „Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Abgrenzung vom kommunistischen System der Nachbarstaaten Österreichs ein wesentliches Element, den Glauben an die Kleinstaatlichkeit zu stärken.“<sup>143</sup>

1948 wurden erste Amnestien für jugendliche Personen, „Minderbelastete“ und Spätheimkehrer beschlossen. Da rund 530.000 registrierte Nationalsozialisten nun bei der Nationalratswahl 1949 wieder wahlberechtigt waren, entbrannte ein intensiver Wettstreit um dieses Wählerpotenzial – vor allem, als im März 1949 rund um Viktor Reimann und Herbert Alois Kraus der Verband der Unabhängigen (VdU) als politische Vertretung der „Ehemaligen“ entstand.<sup>144</sup> Deren zunehmendes Aufbegehen im Kampf gegen

die empfundene Entrechtung und Schlechterstellung war ein Hauptanliegen, wie Kraus Anfang Juni 1949 bei einer VdU-Versammlung hervorstrich: „Ein Viertel oder ein Drittel der Bevölkerung ist in äußerste Not gestoßen und zu verlässlichen Feinden des Staatswesens gemacht worden. In keinem Staat der Welt hat eine so grausame Verfolgung der Mitläufer des NS-Regimes stattgefunden, wie in Österreich.“<sup>145</sup> Der Aufbau des VdU löste vor allem bei der ÖVP Sorgen vor einer Spaltung des bürgerlichen Lagers aus: Am 28. Mai 1949 setzte sich deshalb in Oberweis eine ÖVP-Delegation unter Führung des späteren Bundeskanzlers Julius Raab mit elf „Ehemaligen“ – darunter Höttl und ein früherer Adjutant Kaltenbrunners, Theo Wührer – zusammen. Man diskutierte Bedingungen für die Einbindung des nationalen Lagers in die ÖVP, eine Einigung kam aber nicht zustande. Schon zuvor, am 8. April 1949, hatte sich Schärf für die SPÖ mit eher sozialdemokratisch ausgerichteten „Ehemaligen“ – dem „Gmundner Kreis“ rund um Kermayer, Kowarik und Schachermayer – getroffen und die Möglichkeit einer Dreierkoalition von SPÖ, ÖVP und VdU angedeutet. Bei Nachfolgetreffen im August 1949 wurde dem oberösterreichischen VdU zudem materielle Unterstützung beim Wahlkampf zugesagt.<sup>146</sup> Bei den anschließenden Nationalratswahlen am 9. Oktober 1949 gewann der VdU 11,7 Prozent der Stimmen. Sowohl die Versuche, die nationalen Gruppierungen ins ÖVP-Lager zu ziehen, als auch die Hoffnung der SPÖ, dass die „vierte Partei“ vor allem der ÖVP Stimmen wegnehmen werde, hatten nichts gefruchtet.<sup>147</sup> Allerdings führten Verluste bei folgenden Wahlen und interne Machtkämpfe dazu, dass der VdU in der 1955 gegründeten FPÖ aufging.

Der Endpunkt der Entnazifizierung wurde 1957 erreicht: Das Gesetz über die NS-Amnestie vom 14. März 1957 hob die wesentlichen Bestimmungen des Nationalsozialistengesetzes auf. Ab diesem Zeitpunkt fielen NS-Verbrechen unter das österreichische Strafgesetzbuch.<sup>148</sup> Nun waren auch jene, die als belastet eingestuft worden waren, rehabilitiert – „während ihnen die neuen Regelungen – die Wiedereinstellungen, Gehalts- und Pensionsnachzahlungen, Vermögensrückstellungen, die Aufhebung aller Verbots- und Sühnemaßnahmen und die Tilgung von Verurteilungen – gänzlich zugute kamen, wurden die staatliche Anerkennung und Wiedergutmachung gegenüber NS-Opfern nur schleppend und halbherzig betrieben und blieben gegenüber bestimmten Opfergruppen bis heute nicht gänzlich befriedigend“, zogen Wolfgang

Neugebauer und Peter Schwarz 2005 kritisch Bilanz.<sup>149</sup> Das allmäßliche Aufweichen der Entnazifizierung war auch einer der Hauptfaktoren, die zum generellen Verschwinden von NS-Untergrundbewegungen in der BRD und in Österreich beitrugen. Darüber hinaus kamen die ökonomische Erholung, die Duldung neuer rechter politischer Parteien als legaler politischer Betätigungsrahmen und die Verschärfung des Kalten Krieges zum Tragen.<sup>150</sup>



Die Villa Marie Luise in Altmünster war Ort des Treffens zwischen dem „Gmundner Kreis“ und SPÖ-Vertretern. Quelle: Autor.

## POSTSKRIPT

Theodor Soucek blieb auch nach der Haftzeit seiner Gesinnung treu und war bereits in den 1950er Jahren eine der Führungsfiguren der rechtsextremen Szene. Laut Wolfgang Purtscheller kam auf Souceks Betreiben hin 1954 rund um den VdU-Rechtsabweichler Fritz Stüber der Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) zustande, eine „Vorläuferorganisation der FPÖ“.<sup>151</sup> Nach vergeblichen Versuchen, in den VdU aufgenommen zu werden, widmete sich Soucek vor allem dem Ziel, neofaschistische Gruppen auf europäischer Ebene zusammenzuführen.<sup>152</sup> 1956 veröffentlichte er die programatische Schrift *Wir rufen Europa*, in der er die Notwendigkeit einer „Vereinigung des Abendländs“ beschwore. Im Januar 1957 gründete Soucek in Graz den Verein Sozialorganische Ordnungsbewegung Europas (SORBE). Deren Programm fasste die Staatspolizei in einer Information so zusammen: „Die ‚Sozialorganische Ordnungsbewegung Europas‘ bezweckt laut ihren Statuten die Förderung der Vereinigung Europas in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht, die Vertiefung der kulturellen und geistigen Beziehungen der einzelnen Völker untereinander, sowie die Erweckung des Interesses der Jugend für diese Aufgaben. Das Endziel ist die Errichtung einer

sozial-organischen Ordnung der europäischen Völkergemeinschaft zur Bewahrung und Steigerung der wirtschaftlichen und biologischen, nicht zu zuletzt damit aber auch der kulturellen Kraft Europas.“<sup>153</sup>

Soucek gelang es, die deutsche Sektion der Europäischen Verbindungsstelle (EVS), die Volkspartei der Schweiz, eine Gruppe der Europäischen Verbindungsstelle (EVS) aus Elsass-Lothringen sowie weitere Gruppen für eine Kooperation zu gewinnen.<sup>154</sup> Am 7. und 8. Dezember 1957 fand im Marmorsaal des Salzburger Hotels Pitter der erste „Europakongress“ der SORBE statt – „ca. 1.000 Personen“ waren gekommen, darunter Erwin Vollenweider, der 1951 die Volkspartei der Schweiz gegründet hatte, und der französische Neofaschist und Holocaust-Leugner Henri Rocques.<sup>155</sup> Als die SORBE am 15./16. November 1958 einen weiteren „Europakongress“ abhalten wollte, wurde der Druck von Opferverbänden und der Israelitischen Kultusgemeinde, etwas dagegen zu unternehmen, immer größer. Daraufhin erklärte das Innenministerium die SORBE am 25. Oktober 1958 für aufgelöst – der Verein habe seinen „statutenmäßigen Wirkungsbereich“ überschritten. Vor allem aber habe die Tätigkeit des Vereins den Eindruck erweckt, „dass eine Sammlung faschistischer Elemente und die Initiierung einer neofaschistischen Bewegung beabsichtigt sei, was in weitesten Kreisen der Bevölkerung Österreichs Unruhe ausgelöst hat und nicht zuletzt die staatlichen Interessen Österreichs gegenüber dem Ausland gefährdet“.<sup>156</sup> Einer daraufhin eingebrochenen Beschwerde der SORBE-Mitglieder gab der Verfassungsgerichtshof jedoch Anfang Juni 1959 statt: Die Gründe, die zur Vereinsauflösung geführt hätten, seien „nicht erwiesen“. Hierüber sei „nicht einmal ein ausreichendes Ermittlungsverfahren“ durchgeführt worden.<sup>157</sup> Souceks Wahl zum Obmann des Steirischen Handels- und Gewerbebundes im Dezember 1959 stand nichts im Wege.<sup>158</sup> In den folgenden Jahren konnte SORBE allerdings nicht mehr zur alten Stärke zurückfinden. Bei einer Generalversammlung Anfang 1962 registrierte die Staatspolizei gerade einmal 16 Teilnehmer – auffällig war die Anwesenheit des Rechtsextremisten Fred Borth.<sup>159</sup> Dieser war Obmann des 1959 ebenfalls in Graz gegründeten Vereins „Legion Europa“, „der in ganz Österreich kaum zehn Mitglieder hat“, wie ein Bericht an die Staatsanwaltschaft Wien festhielt. Allerdings unterhielt Borth ähnlich wie Soucek Kontakte zu faschistischen Organisationen in Westeuropa, darunter zum Movimento Sociale

Italiano (MSI) und der Mouvement d'action (MAC) in Belgien.<sup>160</sup> Borth war darüber hinaus Informant und unterwanderte in den 1960er Jahren für den italienischen Militärgeheimdienst SIFAR die Szene der Südtirol-Aktivisten.<sup>161</sup> Insofern ist seine Verbindung zu Soucek ein interessantes Randdetail.

Nachdem Soucek seit 1962 verzogen war und der Verein über einen Zeitraum von zwei Jahren keine Tätigkeit mehr ausgeübt hatte, wurde SORBE am 16. März 1964 per Bescheid endgültig aufgelöst.<sup>162</sup> Soucek hatte sich zu diesem Zeitpunkt bereits ins Ausland abgesetzt – nachdem er die von seinem Vater geerbte Eisenhandlung in Graz so heruntergewirtschaftet hatte, dass die Schulden mehr als vier Millionen Schilling ausmachten. Soucek hielt sich kurzzeitig im südafrikanischen Pretoria auf, wurde aber ausgewiesen. Ebenso scheiterten Versuche, in der BRD und in der Schweiz Fuß zu fassen. Schließlich reiste Soucek nach Südamerika und hielt sich längere Zeit in Argentinien auf.<sup>163</sup> Danach gelangte er nach Spanien und ließ sich in Benalmádena an der Costa del Sol nieder, wo sich auch der österreichische Neonazi und Holocaust-Leugner Gerd Honsik aufhielt. Dort soll Soucek Handbücher zum Untergrundkampf übersetzt haben, wie sie von der SS gegen Ende des Zweiten Weltkriegs für Werwolf-Gruppen bestimmt waren. Die Anleitungen für Sabotageakte, darunter Sprengstoffanschläge, werden heute von den spanischen Ablegern der internationalen Neonazi-Netzwerke „Blood & Honour“ und „Hammerskins“ verwendet.<sup>164</sup> Dem Memoirenband von 2001 stellte Soucek bezeichnenderweise die Forderung nach Abschaffung des Verbotsgegesetzes voran: „Nun, da die Sowjetunion als Signaturmacht des österreichischen Staatsvertrages nicht mehr existiert, da österreichische Politiker die aufgezwungene Neutralität offen zur Disposition stellen und da die USA ihre selbsternannte Unschuld durch laufende Aggressionsakte [...] sowie die Dauerbesetzung Deutschlands täglich aufs neue verlieren, scheint mir die Zeit reif, auch für Österreich die Nachkriegszeit zu beenden und das österreichische Verbotsgegesetz im Zuge der Harmonisierung der Rechtsordnung der europäischen Vaterländer zu liquidieren.“<sup>165</sup>

## ENDNOTEN

<sup>1</sup> Die Organisation „Werwolf“ wurde vom Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, im September 1944 ins Leben gerufen. Sie sollte im Untergrund kämpfen, Sabotageakte gegen die Nachschublinien der Alliierten durchführen und „Kollaborateure“ liquidieren. Auch nach Kriegsende kam es vereinzelt zu Werwolf-Attentaten, wobei die Wirkung primär psychologisch war. Volker Koop, *Himmlers letztes Aufgebot. Die NS-Organisation „Werwolf“* (Köln 2008), 256f. Die österreichischen Fälle, die in diesem Aufsatz untersucht werden, entstanden erst nach 1945 und waren vor allem in Fluchthilfeaktivitäten verstrickt. In den Ermittlungsakten ist durchgängig von „NS-Untergrundbewegungen“ die Rede.

<sup>2</sup> Der Hauptbelastungszeuge Josef Mair [bisweilen auch Maier], ein ehemaliger SS-Obersturmführer, war eine dubiose Figur, die sich innerhalb der Gruppe als Scharfmacher profilierte, während er gleichzeitig die Staatspolizei informierte. Als die „Rössner-Soucek-Verschwörung“ 1948 vor Gericht verhandelt wurde, erklärte der Angeklagte Friedrich Schiller: „Es war Mair schon nach Beendigung der ersten Verhandlung beim Volksgericht klar, dass er verurteilt werden würde. [...] So] gab es für ihn nur mehr zwei Möglichkeiten, sich vor den sicheren schwedischen Gardinen zu retten: Entweder Flucht nach Deutschland oder sich von der Strafe loskaufen. Er wählte den Weg des Provokateurs!“ Martin Polaschek, *Im Namen der Republik Österreich! Die Volksgerichte in der Steiermark 1945 bis 1955* (Graz 1998), 217. Laut Lothar Höbelt wurde Mair, der sich 1947 aus Gewissengründen den Behörden offenbar hatte, später als Mitarbeiter östlicher Dienste enttarnt und wegen Juwelendiebstahls verurteilt. Wie Höbelt betont, handelte es sich um ein Milieu, „in dem Desinformation Trumpf ist“. Deswegen sei es aufgrund der vorliegenden Hinweise „voreilig“, ein abschließendes Urteil zu fällen: „Jedenfalls scheint die Zahl der Teilnehmer an diesem Spiel über ein paar unbelehrbare Verschwörer weit hinauszugehen.“ Lothar Höbelt, *Von der Vierten Partei zur Dritten Kraft. Die Geschichte des VdU* (Graz 1999), 23.

<sup>3</sup> Der Organisationsplan der Abteilung I – Staatspolizeiliche Abteilung der Wiener Polizeidirektion war am 8. August 1945 vom Staatssekretär für Inneres, Franz Honner (KPÖ), genehmigt worden. Geleitet wurde diese zwischen 1945 und 1947 von Heinrich Dürmayer, einem ehemaligen kommunistischen Spanienkämpfer und KZ-Häftling. Kurt und Max Tozzer, *Das Netz der Schattenmänner. Geheimdienste in Österreich* (Wien 2003), 143f. Die Staatspolizei erfüllte im Wesentlichen zwei Aufgaben: „die Entnazifizierung und den Schutz der jungen Republik gegen Links- und Rechtsextremismus“. Wilhelm Svoboda, *Die Partei, die Republik und der Mann mit den vielen Gesichtern. Oskar Helmer und Österreich II. Eine Korrektur* (Wien 1993), 62. Im September 1947 wurde Dürmayer von SPÖ-Innenminister Oskar Helmer abgelöst und durch Oskar Peterlunger ersetzt. Ab diesem Zeitpunkt wurde der Eindämmung des kommunistischen Einflusses mehr Priorität zugemessen als der Ausforschung von NS-Tätern. Manfred Fuchs, *Der österreichische Geheimdienst. Das zweitälteste Gewerbe der Welt* (Wien 1994), 137. Das Personal setzte sich weiterhin aus KPÖ-Mitgliedern zusammen – die Staatspolizei galt als Hochburg für „Maulwürfe“. Peter-Ferdinand Koch, *Enttarnt. Doppelagenten: Namen, Fakten, Beweise* (Salzburg 2011), 407 und 423.

<sup>4</sup> Auch im deutschen Marburg und Kassel flog 1946 ein „logenartig organisierter Kameradenbund von ehemaligen SS-Offizieren“ auf, der sich auf einen Krieg zwischen USA und UdSSR vorbereitete. Eine der Führungsfiguren war der ehemalige Gestapo-Chef von Lyon, Klaus Barbie. Peter Hammerschmidt, *Deckname Adler. Klaus Barbie und die westlichen Geheimdienste* (Frankfurt am Main 2014), 75f.

<sup>5</sup> Befr.: Rössner Dr. Hugo und Genossen; Betätigung für die NSDAP. Österreichisches Staatsarchiv Wien (ÖSTA)/Archiv der Republik (AdR), Bundesministerium für Inneres (BMI), Abt. 2, Jahr 1949, 23.097 Sacher, Soucek und Genossen (Teil 1).

<sup>6</sup> Fuchs, *Geheimdienst*, 137.

<sup>7</sup> Befr.: Rössner Dr. Hugo und Genossen; Betätigung für die NSDAP. ÖSTA/AdR, BMI, Abt. 2, Jahr 1949, 23.097 Sacher, Soucek und Genossen (Teil 1).

<sup>8</sup> Bundespolizeidirektion Klagenfurt, Abteilung I, Vorläufiger Erhebungsbericht, 27.11.1947. ÖSTA/AdR, BMI, Abt. 2, Jahr 1949, 23.097 Sacher, Soucek und Genossen (Teil 1).

<sup>9</sup> Information, Sicherheitsdirektion für Oberösterreich, 21.5.1947. Ibid.

<sup>10</sup> Sicherheitsdirektion für Oberösterreich an die Staatsanwaltschaft beim Landesgericht (Volksgericht) Linz, 26.2.1948. Ibid. (Teil 3).

<sup>11</sup> Bundespolizeidirektion Innsbruck an Oberstaatsanwaltschaft in Innsbruck, 13.1.1948. Ibid.

<sup>12</sup> BMI, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit an den Alliierten Rat für Österreich, Interne Abteilung, 15.12.1947. Ibid. (Teil 1).

<sup>13</sup> Bundespolizeiliches Büro Graz an die Staatsanwaltschaft Graz, 3.3.1947. Ibid. (Teil 3).

<sup>14</sup> Information betr.: Aktion Sacher, 18.11.1947. Ibid. (Teil 1).

<sup>15</sup> Fortsetzung der Vernichtung mit Theo Soucek, 4.12.1947. Ibid. (Teil 2).

<sup>16</sup> Theodor Soucek, *Mein Richter, mein Henker* (Malmö 2002), 70.

<sup>17</sup> Ibid., 144.

<sup>18</sup> Ibid., 149.

<sup>19</sup> Bis 1948 wurden im Rahmen der westalliierten Besatzungspolitik Internierungslager für Personen eingerichtet, die unter die Kriterien des „automatic arrest“ fielen: Zivile und militärische Repräsentanten der NSDAP, Mitglieder ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände, Jugendorganisationen sowie dekorierte Honoratioren und Träger von NS-Auszeichnungen. Zu den größten dieser Lager zählten das „Camp Markus W. Orr“ in Glasenbach und das „Camp 373“ in Wolfsberg.

<sup>20</sup> Soucek, *Richter*, 114.

<sup>21</sup> Ibid., 349f.

<sup>22</sup> Polizeidirektion Graz, Abteilung I an die Staatsanwaltschaft Graz, 22.11.1947. ÖSTA/AdR, BMI, Abt. 2, Jahr 1949, 23.097 Sacher, Soucek und Genossen (Teil 4).

<sup>23</sup> Koop, *Aufgebot*, 259.

<sup>24</sup> Soucek, *Richter*, 108ff.

<sup>25</sup> Polizeidirektion Graz, Abteilung I an die Staatsanwaltschaft Graz, 22.11.1947. ÖSTA/AdR, BMI, Abt. 2, Jahr 1949, 23.097 Sacher, Soucek und Genossen (Teil 4).

<sup>26</sup> Fortsetzung der Vernehmung mit Theo Soucek, 4.12.1947. Ibid. (Teil 2).

<sup>27</sup> Bundespolizeiliches Büro Graz an die Staatsanwaltschaft Graz, 3.3.1947. Ibid. (Teil 3).

<sup>28</sup> Soucek behauptet in seinen Erinnerungen, Grasl sei als Morpheumssüchtiger unter Entzug zu seinen Erklärungen gezwungen worden. Seine Ausführungen seien von „A bis Z“ erfunden gewesen. Soucek, *Richter*, 202f.

<sup>29</sup> Organisationsplan der U-Bewegung Soucek, Gebiet Oberösterreich. ÖSTA/AdR, BMI, Abt. 2, Jahr 1949, 23.097 Sacher, Soucek





- Sacher, Soucek und Genossen (Teil 1).
- <sup>120</sup> Niederschrift mit Josef, Adolf Urban, 4.12.1948. Ibid.
- <sup>121</sup> Sicherheitsdirektion für Oberösterreich an BMI, 15.9.1948 Ibid.
- <sup>122</sup> Bettina Stangneth, *Eichmann vor Jerusalem: Das unbekülligte Leben eines Massenmörders* (Reinbek bei Hamburg 2014), 121.
- <sup>123</sup> Leo Frank Maier, *Geständnis. Das Leben eines Polizisten. Vom Agentenjäger zum Kripochef: Oberst Leo Maier* (Linz 1993), 21ff.
- <sup>124</sup> Sicherheitsdirektion für Oberösterreich an BMI, 15.9.1948. ÖSTA/AdR, BMI, Abt. 2, Jahr 1949, 23.097 Sacher, Soucek und Genossen (Teil 1).
- <sup>125</sup> Wie Endnote 115.
- <sup>126</sup> Dispatch Chief of Station, Germany, 14.10.1960. [http://www.foia.cia.gov/sites/default/files/document\\_conversions/1705143/URBAN%2C%20JOSEF%20%20%20VOL.%202\\_0075.pdf](http://www.foia.cia.gov/sites/default/files/document_conversions/1705143/URBAN%2C%20JOSEF%20%20%20VOL.%202_0075.pdf).
- <sup>127</sup> Laut Heinz Höhne und Hermann Zolling betrieben gleich mehrere Filialen der Organisation Gehlen in der sowjetischen Besatzungszone Österreichs diese Form der Aufklärung: Ihre Agenten durchsuchten Müllplätze in der Nachbarschaft sowjetischer Truppenunterkünfte nach Dienstvorschriften, Heimatpost und Telefonbüchern. Zu diesem Zweck wurden auch Zimmermädchen angeworben, die in den Hotels „Imperial“, „Grand Hotel“ und „Esplanade“ Briefetzen und Notizen mitgehen ließen. Andere Agenten notierten vor Unterkünften der Roten Armee Fahrzeugkennzeichen und andere Hinweise zur Dislozierung der Sowjettruppen. Zolling, Höhne, *Pullach*, 164.
- <sup>128</sup> Wie Endnote 115.
- <sup>129</sup> Bayerisches Landeskriminalamt an den Oberstaatsanwalt beim Landgericht Frankfurt/Main, 19.3.1961. ÖSTA/AdR, BMI 37.387-2B61.
- <sup>130</sup> Soucek, *Richter*, 144.
- <sup>131</sup> Doris Sottopietra, Maria Wirth, Ehemalige Nationalsozialisten in der SPÖ: eine Untersuchung, in: Maria Mesner (ed.), *Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg: das Beispiel der SPÖ* (Wien 2005), 320ff.
- <sup>132</sup> Höbelt, *Partei*, 24.
- <sup>133</sup> Bundespolizeiliches Büro Graz an die Staatsanwaltschaft Graz, 3.3.1947. ÖSTA/AdR, BMI, Abt. 2, Jahr 1949, 23.097 Sacher, Soucek und Genossen (Teil 3).
- <sup>134</sup> Soucek, *Richter*, 274.
- <sup>135</sup> Sottopietra, Wirth, Nationalsozialisten, 321.
- <sup>136</sup> Pestalozzi als Polizeiminister, in: profil Nr. 1 (1975), 12-19.
- <sup>137</sup> Irnberger, *Nelkenstrauß*, 89.
- <sup>138</sup> Information, Betreff: Vorgänge zur Aktion „Sacher“, 16.7.1948. ÖSTA/AdR, BMI, Abt. 2, Jahr 1949, 23.097 Sacher, Soucek und Genossen (Teil 1).
- <sup>139</sup> Wolfgang Neugebauer, Peter Schwarz, *Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Integration ehemaliger Nationalsozialisten* (Wien 2005), 39-41.
- <sup>140</sup> Der Umgang der Nachkriegs-SPÖ mit NationalsozialistInnen: eine Zwischenbilanz, in: Mesner, *Entnazifizierung*, 335-343, hier 343f.
- <sup>141</sup> Neugebauer, Schwarz, *Wille*, 53f.
- <sup>142</sup> Svoboda, *Partei*, 49ff.
- <sup>143</sup> Oliver Rathkolb, *Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2010* (Wien 2005), 31.
- <sup>144</sup> Neugebauer, Schwarz, *Wille*, 40-58.
- <sup>145</sup> Protokoll der Veranstaltung. ÖSTA, AdR, 78,805-2/49, Verband der Unabhängigen.
- <sup>146</sup> Svoboda, *Partei*, 102ff.
- <sup>147</sup> Einer der VdU-Grtinder, Viktor Reimann, mutmaßte in seinen Erinnerungen über die Motive der SPÖ-Strategie gegenüber dem VdU: Die SPÖ habe „niemals“ hoffen können, die Masse der „Ehemaligen“ als Wähler zu gewinnen – „sie wollte aber mit allen Mitteln verhindern, dass diese Leute die ÖVP wählten, und beschloss daher sie, wenn irgend möglich, einer neuen Partei zuzuführen, aber in einer Weise, dass diese Partei niemals Koalitionspartner der ÖVP werden könnte.“ Um dieses Ziel zu erreichen, sollte zunächst eine Riege von schwer belasteten Nationalsozialisten, der mit Reimann und Kraus konkurrierende „Gmundner Kreis“, unterstützt werden, um die Partei im Fall einer Kooperation mit der ÖVP als Neonaziorganisation verbieten lassen zu können. Viktor Reimann, *Die dritte Kraft in Österreich* (Wien 1980), 120. Ungeachtet der Enttäuschung über den Ausgang der Nationalratswahl 1949 gingen die Sondierungen der SPÖ im „dritten Lager“ weiter: Am 29. Januar 1950 nahm unter anderem Nationalrat Bruno Pittermann auf Einladung Kernmayers an einer Konferenz in Linz teil – Hauptgesprächspunkt: „Bildung einer SPÖ-freundlichen Gruppe ehemaliger Nationalsozialisten, womöglich mit einem eigenen Presseorgan“. Hierzu gab es von den SPÖ-Vertretern keine Zusage. Allerdings interessierte man sich für den nachrichtendienstlichen „Apparat“ Kernmayers und soll diesem eine monatliche Spesenvergütung zugesichert haben. Laut einem Bericht der Organisation Gehlen hielt man es „auf sozialistischer Seite“ nämlich für „durchaus möglich, dass Kernmayer mit seiner Gruppe eine größere Abwanderung früherer Nationalsozialisten vom VdU erzielen und innere Schwierigkeiten des VdU verschärfen könne.“ Betr.: Besprechung des Kernmayer-Kreises mit Nationalrat Dr. Bruno Pittermann, 6.2.1950. [http://www.foia.cia.gov/sites/default/files/document\\_conversions/1705143/KOWARIK%20KARL\\_0002.pdf](http://www.foia.cia.gov/sites/default/files/document_conversions/1705143/KOWARIK%20KARL_0002.pdf). Zu diesen Aktivitäten berichtete die CIA Anfang September 1953, dass drei verschiedene Gruppen innerhalb der SPÖ gebildet wurden – angeführt jeweils von den Nationalräten Franz Olah und Pittermann sowie von Bundesminister Karl Waldbrunner. Bundesrat Karl Krammer führte im Auftrag Olahs eine Gruppe von Agenten in Oberösterreich, darunter die Schlüsselfiguren des „Gmundner Kreises“. Der VdU wiederum versuchte diese daran zu hindern, unter den „Ehemaligen“ Fuß zu fassen. Auch Pittermann habe Informationen von Kernmayer erhalten und darüber hinaus zwischenzeitlich von dem früheren SS-Offizier Anton Fellner, als dieser in der Verkaufssparte der VOEST beschäftigt war. Subject: Intelligence activities within the SPÖ, 3.9.1953. [http://www.foia.cia.gov/sites/default/files/document\\_conversions/1705143/EDER%2C%20ALOIS\\_0017.pdf](http://www.foia.cia.gov/sites/default/files/document_conversions/1705143/EDER%2C%20ALOIS_0017.pdf).
- <sup>148</sup> Rathkolb, *Republik*, 398.
- <sup>149</sup> Neugebauer, Schwarz, *Wille*, 60.
- <sup>150</sup> Biddiscombe, *Nazis*, 203f.
- <sup>151</sup> Wolfgang Purtscheller, *Aufbruch der Völkischen. Das braune Netzwerk* (Wien 1993), 38.
- <sup>152</sup> Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (ed.), *Rechtsextremismus in Österreich nach 1945* (Wien 1979), 123.
- <sup>153</sup> Information, 28.1.1958. ÖSTA/AdR, BMI, Gegenstand Verein SORBE mit dem Sitz in Graz, Grundzahl 25.201-2A,64.
- <sup>154</sup> Richard Stöss, *Zur Vernetzung der extremen Rechten in Europa*, Arbcitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum Nr. 5 (Berlin 2001). <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/schriften/Arbcitshefte/RexDVPW.pdf>.
- <sup>155</sup> Bericht, 14.12.1957. ÖSTA/AdR, BMI, Gegenstand Verein SORBE mit dem Sitz in Graz, Grundzahl 25.201-2A,64.
- <sup>156</sup> Bescheid, 25.10.1958. Ibid.
- <sup>157</sup> Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs, 9.6.1959. Ibid.
- <sup>158</sup> Svoboda, *Partei*, 57f.
- <sup>159</sup> Versammlungsbericht, 22.1.1962. ÖSTA/AdR, BMI, Gegenstand Verein SORBE mit dem Sitz in Graz, Grundzahl 25.201-2A,64.
- <sup>160</sup> Bundespolizeidirektion Wien, Abteilung I an Staatsanwaltschaft Wien, 18.2.1963. ÖSTA/AdR, BMI 23.079-2B/64.
- <sup>161</sup> Christoph Franceschini, Der gestiefelte Kater, in: profil Nr. 30 (1993), 22-24.
- <sup>162</sup> Bescheid, 16.3.1964. ÖSTA/AdR, BMI, Gegenstand Verein SORBE mit dem Sitz in Graz, Grundzahl 25.201-2A,64.
- <sup>163</sup> Landesgericht Graz fordert Auslieferung von Soucek 2, in: Austria Presse Agentur, 30.12.1971.
- <sup>164</sup> Florian Osuch, Paradies für Kriegsverbrecher, in: junge Welt, 17.3.2010.
- <sup>165</sup> Soucek, *Richter*, 16.